

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhofs (A 7) 3600—3667, für den Fernverkehr: Amt Dönhofs 3688—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 606. Wöchentlich 1 Mark. Monatlich 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 36 Pfenning Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil): Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preis: monatlich 35 Pfenning. Familien-Anzeigen: monatlich 20 Pfenning. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

15 Pf. [Anzahl 20 P.] - Nr 62 - A 32

FREITAG, 6. FEBRUAR 1931

MORGEN-AUSGABE - V

Brünnings Selbstvertrauen

Artikel 48 z. D.

Nach steht die Frage des Abbausystems parallel mit der Wirtschaftsnote. Zunächst aber wärde die Zweifelhaftigkeit, daß der Reichstag nicht, der Reichsanzeiger Brünnings ist gelten vor den Reichstag mit einer Erklärung getreten, die von ruhigem Selbstbewußtsein zeugte, von Vertrauen zur eigenen Kraft und zur Bereitschaft der Nation, einer verantwortlichen Führung trotz aller Bewirung der Zeit Gehorschaft zu leisten.

Das Entscheidende ist, daß die Reichsregierung den Artikel 48 in den Umständen zurückstellen will, aus dem er hervorgeht wurde in einem Augenblicke, als die Unionsfähigkeit des Parlaments keine andere Wahl ließ. Brünnings hat das Parlament für selbst und seiner Unpopulartät überlassen und hätte um so leichter die Autorität der Reichsregierung aufgeführt. Jetzt wärde er das Steuer herum und gibt dem Reichstag, sogar diesem Reichstag des 14. Septembers, eine Chance, legitimen Einfluß auszuüben und neben der Exekutive die Legislative mit zu führen zu können. Der gesamte Akt eines Verlaufs-Berichts, das nicht nur darin besteht, nemliche Sätze zu erlegen und der Hybris die immer erneuten Kräfte abzugeben, sondern auch reichliche Stöße in die Stühle des Angius zu legen.

Das nächste Ziel ist die parlamentarische Erleuchtung des Reichstages. Was der Kommunist Ulbricht und sein elegantes Wilder-Platz-Geistes hinterher sagten, vertritt unerschrocken den Appell des Kanzlers, alle besonnenen Kräfte zu der Kräftigung zusammenzuführen, vor dem 1. April den Reichsanzeiger ordnungsgemäß zu veröffentlichen. Davon hängt, wie man weiß, außerordentlich viel für den Fortschritt der Rettungssache ab, vor allem für die Controverse der Landwirtschaf, die Durchführung der Hilfs- und die Beminderung der Arbeitslosigkeit.

Die Arbeit von der Demokratie hat sich als eine Operation erwiesen, die der lebenden Wirtschaft fast das Leben gelohnt hätte. Der Nationalismus, getrieben eine Bewegung, heute eine Partei, morgen eine staatliche Macht von Furcht und Hoffnung bewegten, verließes, zeigt sich allmählich isoliert und bald völlig gemieden.

Was hat der Umsturz sich, jetzt die Aufgabe, daß sich alle Parteien mit Ausnahme der Saboteur-Gruppen — Nationalsozialisten, Funktionäre und Kommunisten — zu einem Zweck der Selbsthilfe zusammenfinden haben, das verändern soll, der Reichstag, wie es Naas im Horn gesagt hat, zu einer „Kathedrale“ erhebt wird. Die Antwort der Reichsregierung, die der Opposition ihre Vollenständigkeit läßt und nur seinen Willkür nachzugeben, zeigt den Willen zur Erneuerung.

Am vorigen Woche wurde in der „Wirtschaftlichen Zeitung“ darauf hingewiesen, daß es Rechte gibt, die die Reichsregierung zur Aufspaltung des Parlaments und womöglich zur Öffnung eines neuen Abzweigungs bewegen wollten. Das ist der Weg der Willkür-Ordnern, der über Brüllings, die Verhältnisse zu der Entscheidung, die Antwort der Reichsregierung war die Absage Brünnings an den Artikel 48 und die Bildung einer Reichstags-Mehrheit, die sich von den Exzessen abgrenzen beginnt, zum Summe der schwandenen Gesellen, die im Hintergrund den Kopf schütteln über eine Entwicklung, die den düsteren Winter-Folgenen kleinräubiger Sozialisten und großräubiger Heuschrecken völlig unheimlich ist.

Der Kanzler selbst hat Hörer, auf den überflüssigen Erträgen wie in dem vorliegenden Artikel, seinen äußerste Einsicht und äußerste Redlichkeit von Zeit zu Zeit mit lärmenden Unterbrechungen abwechseln. Ein Bild, äußerlich kaum anders als vor einigen Monaten. Und doch; die ganze Atmosphäre ist verändert. Der Kanzler, der seine letzte Regierungs-erklärung vom Blatt abgelesen und alle Zustimmungen völlig unbedeutend gelassen hatte, als er bemerkte, daß die Angelegenheit nicht zu diesem Ausmaß, nicht zu dieser wilden Wende freige, lagte gestern den Kontakt mit dem Parlament und genau durch die Selbstigkeit, mit der er grobe Einwürfe durch seine Erwiderungen befestigte sprach. Stark betonte er die Solidarität mit dem Reichsfinanzminister Dietrich und gegenüber der Landwirtschaf erinnerte er an das Telegramm des Reichspräsidenten, den den Keulen im Zirkus Wütz zu bemerken gab, daß ihre Angriffe auf die Reichsregierung bei ihm ohne Wirkung geblieben sind.

Nach Ulbricht und Oberfels als Dritter im Bunde der Funktionäre Reichsregierung, was dieser Vertreter des oberflächlichen Reichsreformalismus ausspricht, veranlaßte den Reichsanzeiger zu einer kurzen Erwiderung aus dem Stiefel.

Jedes Wort war ein Heiß, jeder Satz ein Schlag gegen verantwortungsvolle Demagogie, die der Kanzlerseite parteipolitische Bösartigkeit und systematische Verleumdung entgegensteht.

Brünnings bekräftigte sich auf die innere Politik. Was er sagte, wird Herz und Bewußtsein in der Welt für Deutschland wirken, damit dem starken Bewußtsein, zur Demokratie und der klaren Ablehnung einer Demagogie, die mit der Reperto-

Der Kanzler mahnt den Reichstag

Etat soll parlamentarisch erledigt werden

In der gestrigen Reichstags-Sitzung erklärte sich der Reichskanzler durchs Wort bereit, die nicht fruchtbringend eingetragene kommunizistische Interpellation, die er behauptet wird, von der Volkspartei und anderen Regierungsparteien sei in Verbindung mit Regierungsmitgliedern ein Staatsstreich geplant, durch den der Reichstag ausgeschlossen und eine Nationalversammlung einberufen werden sollte, sofort zu beantworten. Er nahm alsbald das Wort zu seiner großen Staatsrede.

Reichskanzler Dr. Brünnings:

Die Beratung des Haushalts fällt in eine Zeit schwerer Wirtschaftskrisis. Lieber die Gründe dieser Krise ist wiederholt von der Reichsregierung gesprochen, fünf Ausstellungen gemacht worden. Sichtlich ist diese Krise zu einem großen Teile bedingt durch weltwirtschaftliche Wirkungen, aber sie ist auch eine Krise des Vertrauens in die Stabilität der deutschen Politik und der deutschen Wirtschaft. Aus diesem Grunde hält es die Reichsregierung für außerordentlich wichtig für die weitere finanzielle und wirtschaftliche Entwicklung, daß der Etat auf dem normalen parlamentarischen Wege vorzubereitet wird. (Aus bei den Komm.: Was für ein Etat?) — Der vorliegende. (Geheißt.)

Mit berechtigtem Stolz kann der Herr Reichsfinanzminister darauf hinweisen, daß kaum je so fruchtbringend wie dieses Wort der Etat dem Reichstag und dem Reichstag zur Beratung vorgelegt worden ist. Er ergeht deshalb der Appell der Reichsregierung an dieses hohe Haus, alles daran zu setzen, um dem Etat auch durch parlamentarische Verabreichung rechtzeitig bis zum 31. März Geheißkraft zu erteilen.

Herr Abgeordneter Göder hat eben eine Interpellation eingebracht über angebliche Diktaturpläne. Ich kann versichern, daß die Reichsregierung solchen Vätern, denen sie überhaupt helfen, nichts abnehmen gegenübersteht. Und der beste Beweis dafür ist die Aufgabe, daß die Reichsregierung gerade den größten Wert darauf legt, den Kontakt zwischen sich und dem Reichstag, die Reichsregierung hat wiederholt in den vergangenen Monaten

Konferenz ein gewöhnliches Spiel treibt. Selbst und Dürkerberg marodieren gegen Braun und Geveking, nicht weil sie an den Erfolg glauben, sondern weil sie Stiller und Hagenberg matheisen wollen. Gleditsch macht sich zwischen dem kommunistischen Bol und dem nationalsozialistischen Gegenpol die Abhaltung fürchtet getrieben als die Anziehung. Der Reich ist gestiftet. Das Vertrauen wärde.

J. E.

zu dem Willkür des Artikels 48 Zusätzliche nehmen müssen. Es ist nicht ihre Absicht gewesen und wird es nicht sein, etwa zu versuchen, namentlich in solchen Fragen, auf die Dauer und häufiger von dem gleich verfassungsmäßigen Mittel Gebrauch zu machen. Sie ist der Ansicht, daß es im Interesse der Reichsregierung sowohl wie dieses hohen Hauses liegt, daß möglichst wenig vom Artikel 48 überhaupt Gebrauch gemacht wird. Sie hofft, daß es bei jedem Willen und bei vollem Verantwortungsbewußtsein ein der gemeinsamen Arbeit von Reichsregierung und Reichstag möglich sein muß und möglich sein wird, auch auf parlamentarischen Wege die schwersten vorkommenden Aufgaben zu lösen. Zu diesem Standpunkt hat sich die Reichsregierung immer bekannt, und ich habe wiederholt von dieser Stelle aus darauf hingewiesen, daß es die vornehmste und ehrenwürdigste Pflicht eines Parlamentes ist, dafür zu sorgen, daß der Etat auf normalem parlamentarischen Wege rechtzeitig verabschiedet wird. Wir legen uns zu sehr Wert darauf, weil vielfach im Ausland von den Möglichkeiten und dem Ausmaß des Artikels 48 eine falsche Vorstellung herrscht, die gelegentlich auch durch einige Dispositionen aus dem Reichstag herübergetragen wurden. Wir legen deshalb Wert darauf, auch weil wir im Interesse der Arbeitssicherheit wünschen müssen, daß überhaupt die parlamentarische Beratung unter allen Umständen die Regel bleibt.

Volmacht zur Ausgabenentzug

Wir sind uns von vornherein darüber klar gewesen, daß die Möglichkeit weiterer Schätzungen bei gewissen Umständen davon abhängig ist, wie die weitere wirtschaftliche Entwicklung verläuft. Daß dieser Möglichkeit hin haben wir uns bereits bei der Verabschiedung des Etats im Kabinett entschlossen, daß für den Fall, daß die weitere wirtschaftliche Entwicklung Unberechenbar bei gewissen Umständen bringen sollte, der Ausmaß nicht durch neue Steuern oder durch eine Vermehrung der Ausgaben gedeckt werden sollte, sondern durch eine Entzug (Zurück bei den Komm.: der sozialen Ausgaben) von Ausgaben und weitere Ersparnisse. Aus diesem Grunde hat die Reichsregierung selbst das Gesetz eingebracht, das garantieren soll, daß der Etat über eine gewisse Höhe in den nächsten Jahren nicht steigen darf. Aus diesem Grunde hat die Reichsregierung auch schon im vergangenen Jahre, nicht etwa, wie es vielfach in der Dispositionspresse behauptet wird, eine „schicksalhaft“ Schätzung in dem Etat der Naturordnung aufzustellen, sondern die Reichsregierung hat namentlich bei den Ausgaben für die Arbeitslosenfürsorge und die Arbeitslosenversicherung eine extremale interne Schätzung aufgebracht, und ich kann dem hohen Hause mitteilen, daß bislang in keinem Monat die interne Schätzung der Reichsregierung irgend- wie erreicht worden ist.

In dieser Anstaltung hat die Reichsregierung sich mit den Forderungen einer Reihe von Parteien gefunden, vor allem mit der Deutschen Volkspartei. (Zurück: Zur rechten und linken, Beschl. bei der D. V. Abg. Zörgler (Komm.): Jetzt kommt die Besetzung von Herrn Dingeldey! — Dingeldey aufstehen! — Geheißt.) Die Reichsregierung wird deshalb das hohe Haus bitten, ihre Ermächtigung zu geben, im Laufe des Etatsjahres weitere Ersparnisse zu machen (Sachen rechts). Ein solches Ermächtigungsgesetz soll die Garantie bieten, daß im Inn- und Ausland die Kenntnis durchsetzt, daß die Reichsregierung ihren Weg der Ersparnis und der absolut sicheren Fundamentierung des Haushalts weitergehen wird. (Abg. Zörgler (Komm.): Auf Rollen der Arbeiter!)

Dieser Weg (Zurück bei den Komm.: Weht über Zeichen!) ist und wird auch bereits vorbereitet für die nächsten Jahre. (Zurück bei den Reichs-Soz.: Frankfurt wird nicht dankbar sein, sondern bitter Weh ist der fidele, um die Sache für die Führung der Nationalsozialisten freizumachen. (Sachen bei den Reichs-Soz. und Auf: Das wollen wir nur hören!) Im übrigen spielen die Reparatorenfragen für diesen Etat nie für sich selbst entscheidende Rolle des deutschen Volkes eine besondere Rolle, und wir sind mit allen

Wunderheitsführer spricht im Sejm

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

WARSAU, 5. FEBRUAR

In der Hauskassabehörde des polnischen Sejms hat heute zum ersten Male auch die deutsche Minderheit zu Worte. Der neue Führer der kleinen deutschen Fraktion, Abgeordneter Franz (Dorfleiten), erklärte, daß die Deutschen den Staatshaushalt einbringen würden, weil sie zur gegenwärtigen polnischen Regierung kein Vertrauen haben könnten. Alle Reichsmitglieder der Minderheit, die in Warschau seien, ungeachtet der Zahl, die deutschen Organisationen sich notgedrungen schließlich zum Beruf hätten werden müssen. Außenminister Galletti habe im Februar d. J. zwar Zusicherungen gemacht, aber nach Schluß der Sejm-Tagung verließ das polnische Regierungsgesandtschaft in Oberhessen bereits wieder, daß von einer Erneuerung des bisherigen Systems kein Zeichen seien. Politische Meinung, daß in Oberhessen ein normales Entscheidungsorgan bei den Deutschen zum Ausdruck gekommen sei, wäre bereits wiederholt worden. Bei den Gemeindevätern in Soppotkin haben am 1. Februar die Deutschen bereits wieder 500 Stimmen mehr bekommen als bei den Sejmwahlen, weil diesmal kein Terror angewandt wurde.

Die Regierungsglieder unterdrücken den deutschen Reformer mit heftigen Spottreden, und einer von ihnen, der frühere Minister Oberhessen, rief: „Was eine Macht, und ihr merket noch weiter!“ Der deutsche Reformer antwortete ihnen zurück: die deutsche Minderheit lehne der weiteren Entwicklung unheimlich entgegen und werde sich länger halten als der jetzige polnische Regierungsober.

Stellen der Bevölkerung darin einig (Aachen redet), daß diese Frage als ein fälliger Schritten über dem ganzen deutlichen Volk und über allen Maßnahmen, die zu seiner Rettung getroffen werden können, liegt. Aber agitative Lösungen der Reparationsfrage sind nicht geeignet, der Reichsregierung eine Stärkung in ihren Maßnahmen zur Vorbereitung einer solchen Lösung zu bereiten. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.)

Wir müssen uns die Freiheit nehmen, trotz aller Sorgfalt und trotz aller unterer handelspolitischen Ziele, die nicht abwenden von der bisherigen Politik, um zu fragen, ob wir die nationalsozialistische Lösung nicht eine andere Formgebung erfordern würden. Um zu erfüllen, das wir sie aus eigener Kraft unter Würdigung der eigenen Landwirtschaft und der Industrie aufzurichten können. (Zur Debatte gerufen) Ihre Rede beweißen nur, daß sie sich nicht einmal die Mühe geben, in die Prüfung der Voraussetzungen einerseits Reparationsbedingungen überhaupt einzugehen. (Beifolger Pfeiffel bei der Mehrheit, Zuruf bei den Nat.-Soz. Stimmen Sie mal nach Dreipreßler!)

Nur Gesamtbilanz der Reparationsfrage

Ich habe vorher schon erwähnt, daß Zellwägen, wenn sie mit der von uns unterstützten Verhandlungen verknüpft sind, für die letzte Reichsregierung nicht annehmbar sind. Das Ziel muß, unsere gelungene Wirtschaft und Finanzpolitik zu aufzubauen und so letztendlich auf lange Sicht zu gestalten, das ist eine Weltanschauung dieser Regierung. Und von dieser Weltanschauung hängt die weitere Entwicklung ab und ich kann versichern, daß die Reichsregierung ihre gesamte Wirtschaftspolitik und Finanzpolitik auf die Vorbereitung einer solchen Lösung leitet. (Zuruf bei der Mehrheit.) Jedoch ist die Reichsregierung gefonnen, sich das Tempo und den Zeitpunkt besonderer Schritte aus innenpolitischen Gründen nicht bliffen zu lassen. Sie ist nicht gefonnen, aus Populärheitsgründen in eine Situation hineinzumanteln zu lassen, aus der nicht eine Befreiung unserer Lage, sondern nur eine Schädigung des deutschen Volkes und seiner Angehörigen und der deutschen Wirtschaft zu erwarten ist. (Beifolger Pfeiffel, Zuruf bei den Nat.-Soz. frei nach Cowl.) Wir möchten nicht die historische Verantwortung tragen, daß wir in eine Situation hineinzumanteln werden, aus der für Deutschland ganz gewiß keine Rettung und keine Verbesserung zu erwarten ist.

Am übrigen wird für diese Fragen die Möglichkeit der Unterstützung bei der großen außenpolitischen Debatte in der nächsten Woche gegeben sein. Ich beschließen Sie deshalb auch nicht, auf die Augenblicke zurückzukommen.

Ich möchte nur noch drei Punkte etwas hervorheben. In den verschiedenen Wochensitzungen eingehende Beratungen mit allen Beteiligten der Landwirtschaft, (natürlich) hat, und ich kann zu meiner Freude mitteilen, daß es möglich gewesen ist, zu einer Einigung über einen Entschleuniger zur Rettung der Landwirtschaft zu kommen. (Beifolger rechts.)

Die Maßnahmen für die Landwirtschaft sind auch die notwendigen Grundlagen für eine durchgreifende und wirksame Hilfe für alle Grenzgebiete, vor allem für den deutschen Osten. Und über das große Ostfeldgesetz ist zur Stunde nach einer ruhigen Überlegung bereits erklärt worden, und das große Gesetz wird sich in der nächsten Woche auch mit diesen Fragen weiter zu beschäftigen. Die Reichsregierung steht auf dem Standpunkt, daß, soweit es die finanziellen Mittel zulassen, die Umfassung unter neuen Umständen aufgegeben werden darf, weil sie nicht nur die Landwirtschaft treffen würde, sondern vor allem auch einen Zusammenbruch von Handel und Gewerbe in den weiten Teilen der öffentlichen Grenzgebiete zur Folge haben würde. (Zuruf bei den Nat.-Soz. Sehr gut.)

Zu den wichtigsten Problemen, die die Reichsregierung beschäftigt, gehört die Frage der Reichsfinanzpolitik. Diese Frage ist, wie man sehr richtig gesehen hat, sehr wichtig. Es will in den vergangenen Monaten Kreditabgabe aus dem Ausland zu einer erheblich weiteren Steigerung der Arbeitslosigkeit beigetragen haben. Aber die parlamentarisch richtigen Verbindlichkeiten sind zu einem großen Teile die Möglichkeit von Krediten hängen, und ich richte den dringenden Appell an dieses große Haus, im Rahmen der gelassenen notwendigen Maßnahmen für seine Verantwortung gerade in Bezug auf den Etat noch bewußt zu sein.

Die straffere Wirtschaftspolitik

Grade aus diesem Gesichtspunkte heraus begrüßt die Reichsregierung, daß eine Mehrheit von Parteien sich zum nächsten Jahre als ein Einig über eine straffere Wirtschaftspolitik durchzuführen. Sie wird dadurch dieinigen, Entlastungen der finanziellen Stabilität, wie wir sie zu häufig gehabt haben, für die Zukunft zu vermeiden. (Auf die d. Nationalsozialisten: Sie leben die Demokratie!) Wir sind überzeugt, sehr kollegial, daß eine Demokratie um so leichter ist und um so angenehmer, je mehr sie die Verantwortung selbst trägt, die sie hat. (Beifolger Pfeiffel und Sanderhoffen bei den Parteimitgliedern und am Schluß bei den Parteimitgliedern zur Änderung der Wirtschaftspolitik ein Zeichen dafür, daß dieses Haus entschlossen ist, ebenso wie die Reichsregierung unter allen Umständen dafür zu sorgen, daß eine Entlastung der Belastung möglich ist, daß die Fehler der Vergangenheit vermieden werden und das eine Sicherung unserer finanziellen Maßnahmen auch für die Zukunft gegeben ist, von der allein eine erfolgreiche Innen- und Außenpolitik letzten Endes abhängt. (Beifolger Pfeiffel und Sanderhoffen bei den Parteimitgliedern. Mehr bei der Opposition.)

Ein nationalsozialistischer Vertragsentwurf wird abgelehnt, da auch die Kommunisten gegen die Vertragsung hängen.

Hg. Ulrichs (Sozial.) — die Nationalsozialisten verlassen die geflochten den Sozial. — erklärt, es für bedauerlich, daß man die Antwort auf die Ausführungen des Kanzlers den Kommunisten überlasse. Die Auffassung des wertvollen Volkes von jeder Regierung habe der Kanzler bereits auf seiner Rede durch Oideutland angenommen. Die von der Regierung eingelegte Kommission zur Unterbindung der Arbeitslosigkeit bedeutete eine Verschärfung der fünf Millionen (Groll.)

Dr. Goebbels (Nazis), der dann das Wort ergriff, wird von den Kommunisten mit lauten Pifien empfangen. Rieder mit dem Arbeiterüberblick! Hg. Ulrichs (Sozial.) zeigt auf

Der Reichsrat weist Brück ab

Die strittigen Einbürgerungsgesuche genehmigt

Am Reichsrat sind die Einbürgerungsgesuche gegen Antisemitismus in sämtlichen 120 Fällen, die letzten zur Einbürgerung laiden, abgelehnt worden. Die Thüringische Regierung hatte als einzige von allen deutschen Ländern einen General-Einbürgerung erlassen, der sich in erster Linie gegen Freuen richtete.

Die 120 Fälle zerfallen in zwei Gruppen. Die erste Gruppe umfaßt 73 Fälle meist jüdischer, aus dem Osten eingewanderte Personen, die bereits über 25 Jahre in Deutschland anständig gelebt. Die Ausschüsse hatten dem Plenum empfohlen, den Einbürgerungsgesuch zu unbegründet zu erklären. Das Plenum beschloß dementsprechend. Derselbe Beschluß kam bei fünfzehn weiteren Fällen zustande, bei denen die um Einbürgerung nachsuchenden noch nicht 20 Jahre in Deutschland anständig sind.

Als Neben hat 32 Fälle übrig, bei denen die Ausschüsse beschlossen hatten, den Einbürgerungsgesuch als begründet zu erklären. In 15 Fällen waren die Personen 15 Jahre und darüber in Deutschland anständig, in 17 Fällen weniger. Die Ausschüsse beantragten in beiden Fällen, den Einbürgerungsgesuch für unbegründet zu erklären. In der letztgenannten Verhandlung wurde der preussische Antrag bei der ersten Gruppe mit 36 gegen 27 Stimmen bei drei Enthaltungen, und bei der zweiten mit 33 gegen 30 Stimmen bei drei Enthaltungen angenommen.

Der Abstimmung ging eine sehr eingehende Debatte voraus. Der bayerische Bevollmächtigte Freiberger von Imhoff teilte als Berichterstatter mit, daß die Kommission in ihrer Mehrheit für die Verleihung der Bürgerrechte an die in Frage stehenden Personen laide, an die die Einbürgerung gestattet ist. Sie hat bisher zehn Jahre betrogen und sollte besser auf 20 Jahre ausgedehnt werden. Die große Mehrheit der Ausschüsse hat daher eine Entscheidung gestiftet, daß künftig, mit Ausnahmen, eine 20-jährige Aufenthaltsdauer gefordert werden müsse, und zwar müsse

dieser Aufenthalt im Land möglichst ununterbrochen gewesen sein. Namentlich bei Personen in einer bestimmten Armeedienst als Unterabteilung anzunehmen.

Für Preußen sprach Ministerdirektor Freydt, der erklärte, daß auch Preußen für die Zukunft eine strengere Handhabung wünsche und sich deshalb auf das Mindestmaß von zwanzig Jahren Aufenthalt in Deutschland mit den übrigen Ländern geeinigt habe, in der Hauptstadt bestand, weil nach dem Krieg und namentlich während der Inflationzeit unermessliche Elemente aus dem Ausland nach Deutschland gekommen seien.

Es wies er darauf hin, daß man bei allen Fällen, die vor dem Reichsrat der neuen Richtlinien vorlagen, nach den alten Richtlinien, nicht nach den neuen, behandeln müsse, zumal auch Thüringen in den allerletzten Monaten mit Einbürgerungen nach den alten Richtlinien vorgegangen habe und diese Praxis beibehalten ist, bei neuen Richtlinien mit rückwirkender Kraft zu handeln.

Der Reichsrat erklärte sich Preußen für rechtlich unzulässig und für sachlich unangelegentlich; denn nach dem Gesetz kann ein Einbürgerung nur erhoben werden, wenn Laufen vorliegen, die befürworten lassen, daß die Befähigung, wenn sie einbürgerlich ist, das Wohl des Reichs gefährden würde.

Man kann also nicht genereller alle Fremdbürgern nicht einbürgerung wollen, sondern muß den einzelnen prüfen. Deutschland habe dazu um so mehr Anrecht, als seine Bevölkerung aus den verschiedensten Nationen besteht ist. Nach der Statuten der Generalkonferenz Professors Günther müsse man annehmen, daß vier Fünftel der deutschen Bevölkerung eigentlich fremdbürtig seien, darunter sehr viel obererbauliche Bauern (Große Heidekreis). Ferner wurde im Reichsrat das von der Weltwirtschaftskonferenz empfohlene Generalkonferenz Handelsabkommen gegen die Stimmen einiger Länder genehmigt.

Dr. Goebels und ruft unter dem Beifall der Kommunisten: „Das ist nun der germanische Typ!“ — Pfeiffel, Ebbe erfuhr die Kommunisten wiederholt um Ruhe und rief wegen eines neuen Zurufs den Hg. Könen (Sozial) zur Ordnung.

Hg. Dr. Goebels meint, es sei immerhin bemerkenswert, daß der Reichsrat Dr. Weinling im Reichstag eine Erklärung abgibt, daß er für die Lösung der Bezahlung auf Grund des Art. 104 des Reichsgesetzes. Die Regierung bemähe sich vergeblich, ihren Antrag zu berücksichtigen. Sie ist nicht wackrig, aber Reichsrat, daß wir die Sachfrage wackeln. Diese Sachfrage haben Sie schon her beigeführt. (Sehr Zustimmung rechts.) Die Urheber dieser Katastrophe hätten klug abtreten müßten. (Sehr wohl bei den Nat.-Soz. und Freim. Beifallsstößen.) Sie haben vorausgesetzt, was nicht eingetreten ist, und Sie haben uns eingeschert, weil wir vorkommen, was eintritt. (Beifallsstößen bei den Nat.-Soz.) Das Kabinett Weinling arbeitet mit uns mit, mit der Unterstützung, im Reich teilt es, es verwendet die Nat. Wenn in Österreich dem Reichsrat von archaischen Vorkäten gehen würde: „Jugendfortschritt!“ so war das die Stimme des Volkes, die einmal die Stimme Gottes sein wird. (Beifallsstößen bei den Nat.-Soz.) Wenn die Nationalsozialisten genügend sind, zur Durchführung ihrer Ideen Verdrängungswahl anzuwenden, so ist das verurteilt worden durch den Reichstag, und die Bundesgesetze des Reichsgesetzes anzuwenden.

Die Reichsregierung leit seit Monaten nur von Beschäftigungsgesetzen und von Finanzpolitik. Die öffentliche Ruhe und Ordnung sind in Deutschland nur gefährdet durch die Gehör des Reichsregierung. Ich bin zu ihnen die Bundespräsident, sondern in den Reichsvereine. Die Arbeiter der Weimarer Verfassung haben in der Mitteilung durchdringt. Der Führer, denn die die Opposition vornehmen, wird tatsächlich von der Regierung getrieben. (Beifallsstößen bei den Nat.-Soz. Pfeiffel, Ebbe ruft den Redner zur Ordnung.)

Die Reichsregierung ist verurteilt worden durch die Politik dieses Systems, an der das Zentrum meißend beteiligt ist. Wir werden es besser machen, sobald wir die Macht haben, (Zurufe aus dem Zentrum.) Vorher müssen Sie verurteilt werden. Was würden Sie denn sagen, wenn unsere Sozialpolitik für die Weimarer Verfassung, die Übernahme der Weimarer Verfassung, die d. Nat.-Soz. Sie können an das Volk appellieren, indem Sie unsere Antrag auf Reichstagsauflösung annehmen. Dann werden die Nationalsozialisten mit 180 Abgeordneten mehrerchen. Das Volk steht hinter den sogenannten Volksparteien dieses Hauses, sondern hinter uns. Die Nationalsozialistische Arbeiterpartei hält fest an ihrer Sache, eigenfönnigen und freizigen Oppositionspolitik. (Zuruf. Sehr links.) (Zuruf. Sehr links.) (Zuruf. Sehr links.) Wir haben uns verpflichtet, dem Reichstag die d. Nat.-Soz. die d. Nat.-Soz. Sie wollen legal die Macht erobern, aber was wir mit dieser Partei, unserem, das ist unsere Sache! (Beifallsstößen bei den Nat.-Soz. und Aufre.) „Ihr werdet ja so lieb!“ Die nationalsozialistische Bewegung macht sich heute zum Wortführer (Rufe links): „Der Inbrunst!“ des Volkswillens, der die Tribünen übersteht.

Hg. Goebels in seinen weiteren Ausführungen von einer „deutschen Volksgemeinschaft“ des Zentrums mit dem Reichstag, wird, er wird vor Präsidenten 200 mal aus dem Zentrum Ordnung gerufen und auf die Folgen eines weiteren Ordnungsgesetzes (Wortenthebung) aufmerksam gemacht. Goebels sagt: „Ich bin ein deutsches Volk, die Menschheit auf der Föhung. Man kann immer es vernünftiger: aber weil wir die sind (Zuruf links), kann das Volk nicht auf Befreiung erdnen. Wir führen es in den Kampf mit dem Volk Deutschland erzwang!“

Die Nationalsozialisten klaffen am Schluß jeder Rede minutenlang Pfeiffel, sie rufen dreimal Pfeiffel und verlassen dann gemeinsam den Saal.

Hg. Gollmann (Soz.) ruft dem hemmungslosen Verschleißausbruch, den wir haben erleben können, kann man zweifeln, was die Grenzen der Politik ausführen und die Grenzen der Phlogistie beginnen.

Wir haben eine vererbende Wirtschaftskrise und eine Sozialreform für politische Arbeiter. Die Vertreter von dreizehn Millionen Deutschen, die am 1. September nationalsozialistisch, kommunistisch oder deutschlandlos gewählt haben, konnten in diesem Hause nicht so geringe politische Lektion für eine monale und wirtschaftliche und politische Kraft konnten sie verurteilen. Dem Verzicht des Unfähigkeit und Unklarheit, das die Nationalsozialisten darstellen, liefern wir unter Volk nicht aus.

Der Reichstag hat in Köln dem Volk die politische Hilfe gegeben. Dieses Volk hat das Recht, eine Regierung zu fordern, die des Volkes würdig ist. Die Stunde wird noch lähmern. Die erste Sitzung oder darf nur ein Ziel kennen: Deutsches Volk, deutsche Freiheit und deutsche Zukunft. (Pfeiffel, Ebbe.)

Hg. Dr. Doehring (Dnkt.) meint, es sei dem Reichstagsrat Löcher, eine ehrliche Politik zu treiben, denn er sei als Opponent des Zentrums an diese Partei gebunden. Das Zentrum aber habe keine einseitige Richtung, überhaupt keine Grundzüge. Darum benehmen wir den Reichstagsrat nicht, daß er als Zentrumsmehrheitestritt treten laide.

Als Doehring weiter teilnahm, wurde der Sozialdemokrat in seine Diskussion mit dem Hg. Christian Vaterland aufgelöst vorwärts, rufte ihm ein sozialdemokratischer Abgeordneter zu: „Einen bösen Heiler!“ Hg. Doehring antwortet darauf: „Aber Sie einen Augenblick, dann werde ich an Ihnen Cecilfänge über!“

Dr. Kleiner (Dnkt.) verweist sich gegen die Behauptung des Reichstagsrates, daß die Einigung über die Offiziale schon erreicht sei. Seit zehn Monaten warte das Volk im Osten darauf, daß das ihm in der Reichstag des Reichspräsidenten gegeben Verprechen erfüllt werde. Aber nichts habe der Reichstag getan, um das Wort des Reichspräsidenten wahr zu machen.

Die zweite Kanzlerrede

Amgen 7 Uhr abends nimmt Reichstagsrat Dr. Weinling noch einmal das Wort. Die Abgeordneten framen von allen Seiten in den Saal.

Reichstagsrat Reichstagsrat: Ich nehme jetzt das Wort, um zu verbinden, das die Kritiker und Unrichtigkeiten, die von Dr. Kleiner ausgesprochen worden sind, nachher dazu verwendet werden, um unangehörige Agitation darauf aufzubauen. Der Vorkredner hat den Vorwurf gemacht, daß es zum Jahre 1930 den Herren, die dem Hsten in der Regierung liegen, nicht möglich gewesen ist, sich in der Hsten zu befähigen. Was Sie, Herr Dr. Kleiner, noch nicht im Reichstag gesehen, so gibt meine zweite Rede bereits, die ich hier jetzt, dem Landstag von Waldenburg. (Stimmliche Zustimmung in der Mitte.)

Wir wollen doch jetzt einmal ganz offen miteinander reden (Braun von der Sozialdemokratie nach dem Volkspartei). Herr Kleiner, Sie sind ja jung im Parlament (schlechte Zustimmung bei der Mehrheit, Lärm bei den Deutschnationalen), um zu wissen, daß 1927 eine Regierung gebildet wurde, mit Ihrer Partei zusammen, und daß eine der ersten Zwecke dieser Regierung war, auf meine Vorföhren, die ich nicht beizubehalten Südwagen unterbreitet, zuerst bei dem Hsten zu erfinden und dann an die Stellung der Reparationsfrage heranzugehen. (Stört, läßt, in der Mitte, Lärm und Unruhe auf der rechten.)

Ich will ein Mißverständnis sein? Was haben Sie getan (zu den Deutschnationalen) als man vor Entschlossenheit stand? Dann hind Sie jemandem aus der Regierung herauszugehen. (Stimmliche Zustimmung links und in der Mitte.) Wer hat die Sozialdemokratie gegen unsere Willen und gegen

den von uns gestellten Arbeitsminister in die Arbeitslosenfrage hineingezogen? Sie kommen mir bei den Augen.

Er lag in einem Stuhl, Herr Dr. Kleiner, doch Sie an der ersten Obvorlage freiwillig mitgearbeitet haben und ein paar Sätze später, von der ersten Obvorlage hätten Sie nichts gehalten. Aber in der ersten Vorlage fanden die Antilebermaßnahmen. Diese Antileben konnten nicht durchgeführt werden, obwohl die Verhandlungen nicht nicht von der Reichsregierung, sondern von der Reichsleitung abgeleitet wurden, die Ihnen doch außerordentlich nahe liegt.

Ich weiß, mit welchen Mitteln Sie gearbeitet wurde. Man hat erst in Ihren Kreisen in Schließen erzählt, ich hätte mich um französische Kapital bemüht, um den Grundbesitz in Frankreich zu verkaufen. (Hört, hört in der Mitte und Plauder, große Unruhe herrscht.) Das sind die Verleumdungen gegen Sie, die Sie zum ersten Male bemerkt haben, praktisch dem Osten zu helfen.

Herr Dr. Kleiner hat davon gesprochen, daß wir im Osten ungünstig aufgenommen werden. Sehr richtig, ja, das war so. Herr Kleiner hat darauf hingewiesen, wegen uns protestiert haben im Osten die Kreise, von denen man die „nationale Erneuerung“ erwartet.

Wer stand denn nebeneinander? Kommunisten und Nationalsozialisten! (Stillsitzende Beifall links und in der Mitte.) Man konnte sie nicht mehr unterscheiden. (Erneuter Beifall bei den Nationalsozialisten und Sozialdemokraten, große Unruhe rechts.) Da waren zum Teil Leute, die auf Aufnahmegeräte, die uns auszuführen, von einer Stadt zu anderer verweisen wurden. (Hört, hört, links und in der Mitte, Lärm auf der rechten.)

Sie (zu den Demonstranten) sind hier, auf diese Demonstrationen. Sehr viele Herren Ihrer Partei habe ich im Osten getroffen, die ganz anderer Meinung sind. Sie habe sehr viele Ihrer Parteifreunde getroffen, die nach sozialistischer Staatsregierung streben und die sich gegen diese Demonstrationen entschieden haben und gar kein Wort daraus gemacht, daß sie nicht mitgehen.

Sie werden uns vor, daß wir bei der Öffnung nicht auf die Verhältnisse von rechts eingegangen sind. So glauben Sie denn, daß wir, dem Reichsminister Hugelberg folgend, eine neue Anfallung herbeiführen wollen? Seine Vorlesung der Innenabteilung bedeutet doch eine neue Anfallung. Wer, wie Sie (nach rechts) dem Reich die nötigen Mittel verweigert, der ist ein Mann, der die Hilfe für den Reichlichen Osten gibt. Ich kenne den deutschen Osten ebenso gut wie Sie und ich habe hinter den Demonstrationen nicht die Möglichkeit der Beilegung des deutschen Ostens sieht. Ich folgere Agitationen Sie (zu Dr. Kleiner) nichts für Ihre Partei, sondern Sie erreichen damit nur, daß die Massen entweder dorthin (zu den Nat.-Soz.) oder dorthin (zu den Komm.) gehen. (Beifall rechts in der Mitte.)

Die Fortsetzung der Beratung wird auf Freitag 3 Uhr vertagt.

Einigung über die Immunitäts-Anträge

Am Reichstag ist in interfraktionellen Verhandlungen der hinter der Regierung stehenden Parteien beschlossen worden, alle Anträge auf Einweisung von Staatsanwälten gegen Abgeordnete an einem der nächsten Tage im Plenum zu verhandeln. Der Abgeordnete der Bayerischen Volkspartei Haug wird beantragen, diese Anträge generell abzulehnen. Außerdem wird vom Abg. Ratzke (D. Volksp.) beantragt werden, daß alle Anträge der Staatsanwälte auf Aufhebung der Immunität selbst beivollzogen werden. Für beide Anträge ist bereits eine Mehrheit im Reichstag geschaffen, weil die sozialdemokratische Partei, obwohl auch einige Mitglieder von ihr bei den Immunitätsaufhebungsanträgen betroffen werden, den Beschlägen der Mittelpartei beitreten und für die Anträge Raug und Ratzke stimmen werden.

Für Erleichterung der Krankenversicherung

Landtagsbeschlüsse zum Wohlfahrtsrat

Am Landtag haben gestern die Kommunisten über die zum Wohlfahrtsrat gestellten Anträge fast. Annahme fand ein Antrag, der von der Reichsregierung die beschleunigte Einbringung eines Reichsheimangelegenheits fordert. Ferner soll die in der Rotenordnung vom 1. Dezember 1930 vorgesehene Obergrenze für Krankenbeiträge auf die Familienhöhe ausgedehnt werden. Beifolgend soll die Schaffung eines Familienrentenbeitrags zur planmäßigen Ersparnis und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durchgeführt werden. Eine Mehrheit fand sich auch für den Antrag auf erhöhte Berücksichtigung eines Rentenerwerbsgesetzes. Dem Hauptantrag überweisen wurde ein Antrag des Reichsparteilichen Abgeordneten Kall (KfV), der zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit unter anderem die zu März 1930 die Vollqualifikation verlassenden Schüler zu einer einjährigen Berufsberatung in der Berufsämter verpflichten will.

Annahme fanden ferner mehrere Anträge, die eine Förderung der Bautätigkeit bezwecken. Das Staatsministerium soll bezahl hinwirken, daß die letzten der Sozialversicherungsträger, der Sparkassen, Versicherungsvereinigungen, Spartenverbänden im Jahre 1931 für Doppelzinsen zur Verfügung stehenden Gelder möglichst reiflos dem Wohnungswesen zugeführt werden.

Die zweite Beratung über den Haushalt des Handelsministeriums wurde am Donnerstag zu Ende geführt. Die Abrechnung soll am 26. Februar vorgenommen werden.

Seit heute wird der Bundtag um 10 Uhr zusammengetreten. Auf der Tagesordnung stehen Finanzvorlagen.

Kirchenvertrag vor dem Abschluß

Am Donnerstag fand bei der preussischen Staatsregierung eine Verhandlung über den Vertrag zwischen Preußen und den evangelischen Kirchen statt. Die Verhandlungen sind in das Schlußstadium getreten. Am letzten Sonntag hat eine Beratung der Defane der theologischen Fakultäten in Straßburg mit dem Kultusminister stattgefunden.

Geheimnisvolle Anarchistenverhaftung

Die Polizei will ein Attentat gegen Mussolini verhindert haben

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung
ROM, 5. FEBRUAR

Die politische Polizei verhaftete in der vergangenen Nacht den italienischen Anarchisten Eggheri in einem römischen Hotel. Bei der Durchsichtigung seines Zimmers wurden in einem Koffer zwei Pistolen und zwei Bomben gefunden. Bei seiner Vernehmung auf der Polizei machte sich der Gefangenene plüschig frei, zog einen Revolver, verlegte drei Beame durch Schüsse und richtete die Waffe gegen sich. Der Schuß durchbohrte beide Wangen, ohne Eggheri ernstlich zu verwunden.

Das Gericht über die Verhaftung gab zu der Behauptung Veranlassung, daß ein Attentat gegen Mussolini geplant gewesen sei. Die Nachricht ist nicht bestätigt, hat aber bereits im Ausland Verbreitung gefunden. Wäher sind folgende Einzelheiten über den etwas mysteriösen Vorfall bekannt geworden:

Nach der für schicksaligen Verra war Eggheri aus seiner farnidlichen Heimat nach Südamerika ausgewandert, da er wegen seiner anarchistischen Gesinnung keine Ruhe vor der Polizei finden konnte. Eggheri erwarb die österreichische Staatsangehörigkeit ohne aber seinen Namen zu ändern. Mit einem österreichischen Paß und mit dem Namen der dortigen italienischen Behörden setzte er füglich nach Rompel zurück. Er wurde natürlich sofort der politischen Polizei signalisiert, die ihn seitdem genau beob-

achtete. Es scheint ihm aber für kurze Zeit gelungen zu sein, die Polizei von seiner Spur abzulernen. Er tauchte dann plötzlich in einem österreichischen Hotel auf, wo er sich mit seinem vollen, der Polizei bekannten Namen eintrug. Die Polizei suchte ihn in der letzten Stadt auf, fand aber kein Zimmer loc. Kurz darauf erfuhr sie, daß er in einem kleinen Hotel im Zentrum der Stadt in Begleitung einer ungarischen Bürgerin abgehien war. Dort wurde er mit seiner Freundin festgenommen und nach der Polizei gebracht.

Bei seiner Vernehmung, als ihm ein Pistollist die Taschen durchsuchen wollte, rief er durch seine Kleidung hindurch den Polizeihelfern nieder und verlegte auch andere Beame schwer. Er zog darauf die Pistole aus der Tasche und gab einen Schuß auf sich selbst ab.

Man glaubt, einem Mischtag rechtzeitig auf die Spur gekommen zu sein. Da man natürlich einen Zusammenhang zwischen dem Gefangenenen und anderen Gruppen der bei deutigen Staatsoppositionen heimlich gesinneten Elemente vermutet, so wurde Eggheri sofort einem einschneidenden Verhör unterzogen, doch war ihm keinerlei Anklage zu entnehmen. Die mit ihm verhaftete Bürgerin gibt an, daß sie ihren Begleiter erst kurze Zeit zuvor in einem Landhotel kennengelernt habe. Befonders Verdacht erweckt der Umstand, daß man bei Eggheri nur 300 Lire Bargeld fand, und man glaubt nicht, daß bei den Befragten, die er trifft, er ohne weitere Unterbrechung für drei Jahre hätte können.

Arbeitslosen-Kommission konstituiert

Das Arbeitsprogramm

Die von der Reichsregierung eingesetzte Kommission zur Untersuchung des Arbeitslosenproblems trat gestern zur konstituierenden Sitzung zusammen. Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald begrüßte die vollständig erschienenen Mitglieder der Kommission und sprach ihnen den Dank der Reichsregierung für ihre Bereitwilligkeit zur ehrenamtlichen Übernahme der schwierigen und verantwortungsvollen Aufgabe aus.

Der Vorsitzende der Kommission, der frühere Reichsarbeitsminister Dr. Braun, antwortete, daß die Mitglieder der Kommission sich bemühen sollen, weniger eine Würde als eine schwere Aufgabe zu übernehmen. Es könne nicht Aufgabe der Kommission sein, die Ursachen der Arbeitslosigkeit zu untersuchen, die einschlägigen weltwirtschaftlichen und bodypolitischen Zusammenhänge zu erörtern und unter diesen Gesichtspunkten, die notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise einbringend auszusprechen. Die Kommission soll nach Lage der Verhältnisse dahin streben, konkrete Vorschläge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und ihrer Folgen zu machen, deren Durchführung im weitestmöglichen unter öffentlichen Rücksichtnahmen und unter Erleichterung liegt.

Die Kommission einigte sich dahin, ihr Arbeitsprogramm vorwiegend nach folgenden Gesichtspunkten zu ordnen: 1. Produktive Arbeit der Arbeitslosenliste. 2. Verteilung der Arbeit nach arbeitmarktpolitischen Gesichtspunkten (Arbeitsvermittlung, Arbeitszeitverkürzung, Doppelverleiher, Verlängerung der Schulzeit u. a.). 3. Preisbildung und Lohnpolitik in ihrem Einfluß auf den Arbeitsmarkt. 4. Arbeitsmarkt und Konsumkraft; Arbeitslosigkeit und innere Konjunktions. 5. Wirtschaftlichkeit, Arbeitspflicht, freiwilliger Arbeitsdienst, Arbeitsförderung. 6. Die unterliegenden Arbeitslosenliste: Versicherung, Rentenunterstützung, öffentliche Fürsorge; ihre Voraussetzungen und Grenzen, Leistungen, ihr Aufbau und ihr Verhältnis zueinander.

Die Kommission wird am 28. Februar zu einer zweiten Sitzung zusammenkommen und dann in die sachliche Behandlung ihrer Aufgaben eintreten.

42-Stunden-Woche im Venna-Wert

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung
HALBERSTADT, 5. FEBRUAR

Die Verwaltung des Vennawerkes in Venna, Vennawert, beschloß, ab dem 1. März 1931 den in dem bestehenden Tarifvertrag festgesetzte wöchentliche Arbeitszeit von 48 auf 42 Stunden herabzusetzen. Bereits Ende September 1930 hat das Vennawerk die 66-Stundenwoche auf die 48-Stundenwoche getagt.

Württembergische erfolgreiche Ausgabenentung

STUTTGART, 5. FEBRUAR

Die Regierung hat dem Bundtag den Entwurf des Staatshaushaltplanes für 1931 und 1932 vorgelegt. Im Jahre 1931 betragen die im ordentlichen Dienst Einnahmen und Ausgaben mit 145.000.000 Mark bei einem Zufluß aus dem außerordentlichen Dienst von 1.900.000. Im Jahre 1932 betragen sie sich mit 145.000.000 bei einem Zufluß aus dem außerordentlichen Dienst von 2.400.000 Mark. Die Deckung des Staatsbedarfs in den beiden Jahren 1931 und 1932 würde vor allem durch Entlastung der Ausgaben möglich. Am wichtigsten vor dabei die Kürzung der Gehälter; außerdem wurden die laufenden und die veranschlagten Ausgaben regelmäßig um 10 pCt., 1. Uweile noch kürzer, getagt.

Der Historiker Ottenthal

In Wien hat im Alter von 74 Jahren der Historiker Professor Dr. Emil Ottenthal. Der Verstorbenen lebte seit 1898 an der

Wiener Universitäts. Er arbeitete hauptsächlich auf dem Gebiete der mittelalterlichen habsburgischen Geschichte, gab österreichische Regesten heraus und führte u. a. auch die Geschichte des Instituts für österreichische Geschichtsforschung, dessen Direktor er lange Jahre war.

Stalin ist optimistisch

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung
MOSKAU, 5. FEBRUAR

Auf einer Konferenz der roten Direktoren, die unter russischer Anführerschaft, hielt Stalin in Moskau unter stürmlichem Beifall eine Rede über die Möglichkeiten, die Produktionspläne für das kommende Jahr zu erfüllen. Stalin ließ den nächsten Wirtschaftsjahr mit großem Optimismus entgegen, da alle objektiven Voraussetzungen für die geplante Steigerung der Produktion um 45 u. 5. gegeben seien: nämlich ausreichende Mengen von Rohstoffen und natürlicher Bodenfruchtbarkeit. Letzter Wille der führenden Partei, langfristig ausgearbeitete Wirtschaftspläne und völlige Unterstützung der Regierung durch die Massen der Arbeiter und Bauern. Was im letzten Jahre noch die Planerfüllung behinderte, so daß die geplante Produktionssteigerung sich nicht erreichen ließ, war die Tatsache, daß die Industrie sich noch auf die gestörten Rhythmen der Bauern jähren mußte. Dieser Mangel ist dadurch im Schwünge, daß mehr und mehr landwirtschaftliche Großbetriebe in Form der Staatsgüter und Kollektivbetriebe entstehen, die eine wesentlich günstigere Basis für die Planwirtschaft bedeuten.

Stalin lehnte in schäffer Form alle Gedanken ab, das eingeschlagene Tempo der industriellen Entwicklung zu verlangsamen. Jeder Abbau des Tempos würde Rücksicht bedeuten und die größte Aufgabe der Kommunisten sei gerade, die Konjunktions, die in ihrer Entwicklung um 50 bis 100 Jahre rückständig sei, innerhalb von zehn Jahren auf das Niveau der führenden kapitalistischen Staaten zu bringen. Das sei die erste Pflicht gegenüber dem sozialistischen Vaterland, aber auch gegenüber dem Volk und allen Völkern, die die sozialistische Union unterstützen, um ihm die Staatsorgane der Arbeiterbefreiung und des Aufbaus der sozialistischen Welt.

Da es sich um eine Konferenz von roten Direktoren aus allen Teilen der Union handelte, unterließ Stalin besonders die Pflicht der Kommunisten Völkern, sich mehr als bisher technische Kenntnisse in ihren Betriebsangelegenheiten, am Sabotagegefahr durch blutige Speigallien zu verbinden. Nur, wenn die roten Direktoren aufwachen, mit Bauern zu regieren, und ihre Betriebe innerlich beherrschen, sei die notwendige einseitige Leitung der Werte garantiert und die Planerfüllung gesichert.

Internationale Agrarberatungen in Paris

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung
GENÈVE, 5. FEBRUAR

Die ersten Einladungen nach den Beschlüssen der Europaratsminister des Völkerverbundes werden heute abend vom Völkerverbund veröffentlicht. Wie bereits bekannt geworden ist, wird die Konferenz der Bauern- und Einflüßhaften, die für den Abschluß der Lieferverträge an osteuropäischen Getreide in Frage kommt, entsprechend dem Beschluß der Europaratsminister am 23. Februar in Paris zusammengetreten. Auf den 26. Februar, ebenfalls nach Paris, wird das erste von der Europaratsministerin eingesetzte Agrarische Komitee (das auch Deutschland angehört) für die Beratung der politischen und sonstigen Maßnahmen für die Regulierung des künftigen Abflusses des osteuropäischen Getreides einbezogen. Dieses Komitee wird sich unter anderem auch mit der Frage der Pflanzensäfte, ebenso mit dem Agrarrecht und wahrscheinlich mit dem viel besprochenen Plan Coujeux zur Ordnung einer internationalen Agrarbank zu beschäftigen haben.

Gericht in Warschau

Bericht der Vossischen Zeitung

WARSAU, 1M FEBRUAR

Das polnische Parlament ist nach den Wahlen des frühen November 1930 — deren Verlauf dem Ausland ja zuletzt noch im Spiegel der heutigen und der ukrainischen Windergebnisse-Beobachtern an den Volkstagen gezeigt wurde — in dem Kampfe mit Piłsudski fort, die Parteien, die unter dem Namen Piłsudski-Block und auf den Wänden der nationalen Windergebnisse-Vertreter in Sejm und Senat zusammen noch ein rundes Drittel der Volkstagenformel, in streng besserer Abseht ein knappes Kontingent ihrer dirigierenden Klassen vorbringen. Die Schwärze-Eigenen von Piłsudski, die Wahl-Gewinn von Piłsudski kamen zur Sprache.

Was das nur möglich, weil Piłsudski selbst im ersten Wahlen-Ergebnis nicht und die Wähler ohne die Frage? (Ihre Parteien) diesen, wie es Programm-Ziel und juristisch geüblicher Teil der führenden Warschauer Parteien formulieren? Oder braucht auch das polnische Regierungssystem für starke Spannungszustände, wie sie durch den Wahlsturz geschaffen wurden, gewisse Vorteile in der Art dieser kontingenten parlamentarischen Rechte? Die zweite Deutung erscheint uns als die richtigere. In der Kampf der Piłsudski-Block, so werden die Vorteile mit prompter Aktualität wieder zurückgeführt, die Vorteile der Opposition furchend niedergeburt. Da die Wahlen zu diesem Parlament keine freien, echten Wahlen waren, sind auch keine Debatte keine echten parlamentarischen Kampfe. Das Wesentliche, was die Opposition in diesem Sejm gewann, ist die Ausgabe von Signalen für politische Kampfe auf anderem Terrain.

Man denke dabei nicht etwa an Massenemonstrationen, politische Streiks oder ähnliche Dinge, die in einem übermäßig großen Maße mit diesem Parlament nicht möglich sind, weil es nicht liegt, was es in wirtschaftlich und politisch, weiter entwickelten Ländern unter solchen Umständen der Fall wäre. Der nächste Kampfplatz ist nach Abkühlung der parlamentarischen Auseinandersetzungen hier der Gerichtsfall.

Der Piłsudski-Prozess

Politische Prozesse gegen Funktionäre der Oppositionsparteien gibt es jetzt bald in Warschau, bald in der Provinz fast täglich. Das große Strafverfahren gegen die angeklagten Urheber eines unangenehmsten Bombenanschlags auf die Person Piłsudskis selbst ist noch nicht das wichtigste von allen; die eigentlichen Führer der Regierungsgegner, Männer wie Bartel und Liebermann, Starzyński und Włosek, werden erst bei anderen Gelegenheiten vor Gericht kommen. Aber dieser letztere Prozess ist doch nach uns das wichtigste und das in der Sache am wichtigsten. Die Strafe des hiesigen Systems, die innere Verfassung der geltend führenden Oppositions-Partei und nicht zuletzt das Verhältnis, das zwischen Kampfboden aus sich Kampfpolitik geworden ist, geraten hier in ein helles Scheinwerferlicht.

Was für ein interessanter Akt ist zum Beispiel der Souveränitäts-Verstoß! Außerlich ein unbedeutender kleiner Konsumverweigerungs- und Diffamations-Verstoß der Sozialistischen Partei in einer Warschauer Arbeiterfamilie, heißt er, lobend oder dem Mund auf, ein gesampeltes Aufmerksamkeits- und gegen einen Gerichtsfall, und durch die letztgenannte Verstoß der Presse, das ganze System. Die ganze revolutionäre Bewegung der polnischen Arbeiterbewegung liegt in diesem kleinen, klügeligen Mann, der mehr als ein Jahrzehnt für Teilnahme an terroristischen Anschlägen gegen die Beamten des Zaren in Sibirien verbracht hat.

Auch Piłsudski und sein jetziger Ministerpräsident, Oberst Cieciszewski, organisiert so in jenen letzten Bombenanschläge und bewachte Überfälle. Während sie aber nun, in unabhängigen Polen, die Gewalt von oben her, als Inhaber der Staatsmacht, ausüben, während der beim letztgenannten Verstoß verübte Souveränitäts-Verstoß die demontierten Arbeiterbewegung für ein einzelnes Parlament dieser Partei doch auch nach die Erinnerung an die alten revolutionären Kampfmethoden fort.

Die den Gehör von Verordnungen und Demonstrationen haben überdies alle politischen Parteien bewusste Stoßtrupp. Bis vor einigen Jahren hand, wie die Beweisaufnahme dieses Prozesses ergibt, die Stoßtrupp-Organisation der Sozialisten in sehr guten Beziehungen zu den Behörden. Jetzt, nachdem die Partei in die Opposition gegen die Piłsudski-Regierung gegangen ist, wird sie von der Polizei offenbar mindestens so argwöhnlich beobachtet wie die illegalen Arbeiterbewegung.

Der angeklagte Piłsudski-Prozess, er habe sich nur gelegentlich den internationalen Einflüssen, die die Schicksale der Partei zu entwerfen. Das ist aber nicht schon der Versuch einer solchen Organisation über die Grenzen der polnischen Staatsgrenzen? Und nach fortgesetzter Druck der Gewalt von oben, der hat nun unter her in dieser Atmosphäre von revolutionären Exzessen, Stoßtrupp-Attentaten und Verstoß ist schließlich nicht immer weitere Kreise der polnischen Opposition gegen ihren Willen in den Kampf mit geschwundenen Klassen drängen? Der freigelegte Teil der polnischen Arbeiterbewegung ist die diesem Staat lebenden Fremden-Elemente dann Piłsudski nicht mehr anders gegenüber als ein fremder Feind?

Das Regierungssystem

Vorläufig führt die Opposition noch ihren Kampf um Recht. In diesem Prozeß sind jedoch die besten Kräfte der Bewegung des Landes ihre Sprecher. Sie tragen daher, daß auch der ganze Aufbau des Regierungssystems in der Verhandlung gründlich durchleuchtet wird. Man hört, wie der Marshall selbst sich über die Aufhebung des angeklagten Anlasses äußert: er nennt die fünf Parteien, wie einer der ihm nächstliegenden ausweist, als notwendiges Übel! — Die Minister und hohen Offiziere seiner Umgebung treten selbst als Zeugen auf; Inhaltlich-durch den zur letzten Generation gehörende Anwesenheit General

Stefanowski, mit der Demoschtheit eines Augen-Formannes der junge Oberst Besz, der im vorigen Kabinett Piłsudskis Stellvertreter in der Ministerpräsidenten- und jetzt den wichtigsten Posten im Justizministerium übernommen hat. Der Anschlag ihrer Rede ist nicht nur förmlich greifbar, wie aus dieser zur Macht gelangten Offiziersgruppe demokratischer Herkunft rald eine Hierarchie von autoritären Beamten gesprochen ist. Dann kommen aber auch die höheren Beamten des Innenministeriums und der politischen Polizei heran; ihre Anwesenheit an der Entlassung des herrschenden Systems, ihr Bemühen, beamtenmäßig festzuhalten, ihre kleinen Ausdrucksformen in den Beziehungen zur Opposition lassen diese Schicht im ganzen als konstitutionellen Faktor erscheinen. Schließlich folgen der Reihe nach die Kriminalpolizei, ihre Unterbeamten und, keineswegs als Nebenpersonen, die Polizei und Agenten der Polizei.

Ein Zweifel, daß einige von diesen Punkten Gestalten es sind, die den ganzen Plan des Bomben-Anschlages auf das Auto Piłsudskis zuerst erdacht haben. Die Spiegel sind Anhänger der politischen Homöopathie. Wenn die allgemeine Lage

Minuten möglich macht, so warten sie nicht, bis ein solches Urteil losgeht, sondern fabricieren es lieber selbst. Wenn einer von ihnen vor Gericht herauftritt und durch die Vertreter der Justizstelle überführt wird, so daß er Rede-Worte aus dem Munde von ihm aus Munde der Justiz gefahren dieser befristet, so kann er, höchst es, gegebenenfalls auch einen Anschlag auf sich selbst konstruieren. Dieser, man verleiht ihn durch eine eigene Redebeurteilung ganz leicht, als daß man wartet, bis eine andere, gefährlicher, gelassen kommt ...

Man entfeindender Bedeutung wird das Bild sein, das die Öffentlichkeit in diesem Prozeß vom Stand der polnischen Situation erhält. Die Oppositionen-Vertreter behaupten, daß zwei von den drei hier zu folgendem Urteil berufenen Richtern ihre Vorbereitung auf hohe Posten im Justizministerium bereits in der Sache hatten. Die Verhandlungslaufung selbst kann bisher den früheren Vorwurf der Parteiführung nicht verdächtigen. Um so gespannter wird man auf das Urteil warten dürfen, das infolge der bewegten Zwischenfälle des bisherigen Prozeßverlaufs erst Mitte Februar fallen soll.

Drei Milliarden Defizit in Frankreich

Die ersten Auswirkungen der Wirtschaftskrise

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 5. FEBRUAR

Das französische Budget für 1933 lag, das im August in der Kammer zur Diskussion kam und auf dem Papier bei und 50 Milliarden Einnahmen und Ausgaben mit einem Ueberschuß von 3 Millionen belanzt, zeigt in Wirklichkeit ein Defizit von 3 Milliarden Franken auf, das nur durch die Vermehrung von 1 Milliarde aus den deutschen Reparationszahlungen und durch die Reduktion der nach den früheren geleglichen Bestimmungen für die Schuldentilgung bestimmten Summen gedeckt werden konnte. Aber selbst dieses papierenes Gleichgewicht wird neuerdings fast bedroht durch den Rückgang der Steuerertränahmen, in dem sich seit Dezember die Rückminderungen der Wirtschaftskrise in einer für die französische Finanzverwaltung verhängnisvollen Weise widerspiegelt.

Man macht sich in den maßgebenden Kreisen ebenfalls keinerlei Illusionen mehr darüber, daß auch für Frankreich die Zeit der Milliarden-Defizite endlich vorüber ist und daß schon das laufende Jahr aller Voraussicht nach mit einem Defizitbetrag schließen und in der folgenden gebieten Resten der Restperiode ein ein, schließlich noch reich wird.

Frankösisches Müttungsgebel für polnische Bahn

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

WARSAU, 5. FEBRUAR

Die Verhandlungen zwischen der polnischen Regierung und der französischen Schneider-Creusot-Gruppe über die Fortführung des Baues der Warschauer Ostbahn — Ostingen — Ostingen sind jetzt geblieben, daß mit dem Abschluß in der nächsten Woche zu rechnen ist. Die französische Interessengruppe wird im ganzen nach einer Milliarde Franken für das Unternehmen zur Verfügung stellen, dessen Bauausführung zum größten Teil gleichfalls in französischen Händen bleibt. Auch der Betrieb der Strecke wird an die Franzosen verpachtet werden.

Der Abschluß des Vertrags wird voraussichtlich in der nächsten Woche in Paris stattfinden, wogin die polnischen Bevollmächtigten in diesen Tagen abreisen.

Z. R. III bei den amerikanischen Manövern

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

NEW YORK, 5. FEBRUAR

Das Schiff „Los Angeles“, der frühere „Z. R. III“, ist im Mittags nachmittag in Sichtort aufgefahren, was an dem amerikanischen Marine-Manövern bei Cuba und Panama teilzunehmen.

Die früheren offiziellen Meldungen mußten zu dieser Manöverfahrt ausdrücklich die Zustimmung geben, weil U. S. das deutsche Schiff ausdrücklich unter der Bedingung an Amerika gegeben wurde, daß es nicht für militärische Zwecke verwendet werde.

Sturm im Prager Parlament

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PRAG, 5. FEBRUAR

Die von den Kommunisten angeleiteten Arbeitslosenemonstrationen, die gehen in Prag und Pilsen, aber auch in zahlreichen anderen böhmischen Provinzstädten zu Zusammenstößen mit Polizei und Ordnungserre geführt hatten, wobei in Prag vier Tote zu verzeichnen waren, haben heute im Prager Parlament ein lautes Echo gewekt.

Als der Ministerpräsident Udrschl eine Regierungserklärung über die Vorgänge in Prag abgeben wollte, zeigten die kommunistischen Abgeordneten mit Sturzfallen ein. Der Vizepräsident ließ ins Mittel, die der Ministerpräsident von der Seite der Regierung sprach, die im Besitz der parlamentarischen Immunität die Menge angegriffen hätten.

Am Namen der heutigen und höchsten Sozialdemokraten kann der Abgeordnete Komoliet eine Erklärung ab, die unter dem Namen des für die kommunistischen Abgeordneten die Schuld an den heutigen Ereignissen der Kommunisten Partei aufweist. Der Name liegt sich schließlich so, daß verschiedene kommunistische Abgeordnete tätlich gegen den Minister für soziale Vorgesetzten, den deutschen Sozialdemokraten Dr. Cech, vortreten. Nur durch das Dazwischenkommen mehrerer anderer Abgeordneter konnte Dr. Cech vor den Faustschlägen der wütenden Kommunisten bewahrt werden.

Antideutsche Hitler-Kopisten

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

RIGA, 5. FEBRUAR

Eine neue Partei der „Christlichen Sozialisten“, ein getrennte Nachkomme der deutschen Nationalsozialisten, hat sich neuerdings in Riga aufgetan. In einer Manifestation wurden die Parteien ausgegeben: „Lithuania für die Zeitgenossen“ gegen die deutsche und jüdische Arbeiterpartei. Gegen die Sozialistische Partei, besonders wurde gegen die angeklagte „deutsche“ Partei, die in der Rigaer Kommunalverwaltung tätig ist, Sturm gelaufen.

Die deutsche Vertretung im Rigaer Stadtparlament ist eine der letzten Positionen des Deutschtums in Lettland, die es sich durch strotze Zusammenfassung und innere Disziplin noch erhalten konnte. Da im März die Rigaer Arbeiterbewegung beschließen, die Partei auf die Massenlinie beschränkt Partei „Gegen die Deutschen und Juden“, die von den letzten Sozialisten ausgehen wird, eine ernste Bedrohung auch dieser letzten deutschen Position.

Feuergefechte

an der griechisch-bulgarischen Grenze

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

ATHEN, 5. FEBRUAR

Von der bulgarischen Grenze wird ein Feuergefecht zwischen bulgarischen und griechischen Soldaten gemeldet, das die Aufschüpfung der Beziehungen über die Regelung der griechisch-bulgarischen Grenzfrage, das nach dem ein griechischer Soldat die bulgarische Grenze überschritten hatte, um den dortigen Grenzposten zu unterrichten, daß einige Mannschaften sich griechisches Gebiet verirrt hätten. Dieser griechische Soldat wurde getötet. Höhere Offiziere von beiden Seiten wurden beauftragt, den Zwischenfall zu unterrichten.

„Ochse“ ist erlaubte Kritik

Eine amüsante Immunitätsangelegenheit wurde im Prager Abgeordnetenhaus verhandelt. Der sozialdemokratische Abgeordnete Bojia Beneš, ein Bruder des Reichstagsabgeordneten Dr. Beneš, von Beruf Lehrer, hatte eine Immunitätsangelegenheit über die Regelung der griechisch-bulgarischen Grenzfrage geäußert. Als ihn kommunistische Abgeordnete darauf hin auf den Tisch, vorer Beneš die Gehalt und rief ihm zu: „Das verstehen Sie doch nicht, lassen Sie sich das Schulgeld wiedergeben!“ Unter lauter Heiterkeit entgegnete Bojia: „Sie verstehen, daß ich nicht Ihr Schicksal gewesen bin!“ Beneš erwiderte: „Ich weiß, daß ich damals in meine Schulden einige Töcher hatte!“ Darauf Bojia antwortete, was die Immunitätsangelegenheit auf die Regelung der griechisch-bulgarischen Grenzfrage entfiel, daß Beneš das zünftige Maß von Kritik nicht übergriffen hat und lieferte Beneš nicht aus.

Hierzu drei Beilagen

Verantwortlich für die Anzeigen: Willy Sauer, Neukölln
Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zweifach wöchentlich. Für Post-Abonnenten sind beide Ausgaben vereinbart. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik keine Anspruch auf Rückzahlung des Bezugslozes. Täglich: Unterhaltungsblätter, „Finanz- und Handelsblatt“ — Sonntag: Die illustrierte Beilage, „Zeitschrift und „Literarische Umschau“ — Mittwoch: „Reise und Wandlung“ — Donnerstag: „Recht und Leben“ — Für Rücksendung unverlangt Manuskripte Porto beifügen
VERLAG UND DRUCK: ULLSTEIN A. G. BERLIN

Gefährliche Sanierung

Von Rechtsanwal Dr. Oscar Netter

Man kann häufig beobachten, daß die Aktiengesellschaften eigene Aktien erwerben. Die Maßnahme hat wirtschaftlich sehr verschiedene Gründe. Am häufigsten wird ein solcher Erwerb dann stattfinden, wenn sich die Gesellschaft auf diesem Wege Vorratsaktien beschaffen will. Bei Gesellschaften besonderer Art (Familien-Gesellschaften) kann er aber auch zur Abfindung ausscheidender Gesellschaftler dienen. Endlich aber ist in jüngerer Zeit dieser Erwerb dann zu beobachten, wenn die Gesellschaften durch den Aktienrückkauf eine Bilanzvereinbarung durchführen wollen, ohne den formalen Weg der Sanierung zu gehen. Dieser Weg der Bilanzvereinbarung häufiger zu beobachten, als er C. a. versucht worden, und in etwas anderer Form von der Paradiesbettenfabrik M. Steiner u. Sohn. Auch wenn und gerade wenn die wirtschaftliche Notwendigkeit einer Sanierung im eigentlichen Sinne nicht vorliegt, verfolgt dieser Weg des Rückkaufs eigener Aktien für die Gesellschaften manchen Vorteil zu bieten. Sie können liquide Mittel dazu benutzen, um ihre eigenen Aktien bei den gegenwärtigen Tiefstand der Börsenkurse verhältnismäßig billig am Markt anzufaufen. Das führt dann zu dem Gedanken, durch solchen Einkauf Buchgewinne zu schaffen, die wieder für Abschreibungen und Rückstellungen Verwendung finden können. Da es scheint, als ob bei den Aktiengesellschaften die Neigung besteht, diesen Weg der formalen Bilanzvereinbarung häufiger zu beschreiten, ist es doch notwendig, auf die großen Gefahren hinzuweisen, die dieser Weg mit sich bringt.

Soweit der Erwerb eigener Aktien dem Zweck dient, Vorratsaktien zu schaffen, ist er schon immer nicht ganz unbedenklich gewesen und hat zu mancherlei Schwierigkeiten geführt. Streift man die Bilanzvereinbarung, so schließt das Dividendenrecht und des Bezugsrechts, Komplikationen bei der Bilanzierung usw. Allzu häufig wird dieser Weg daher nicht mehr beschritten. Vielmehr läßt man solche Aktien durch ein der Verwaltung nachstehendes Konsortium übersteuern, was ebenfalls aber noch erhebliche Schwierigkeiten. Sie liegen darin begründet, daß das Konsortium die Einzahlungspflicht hat, die ihm nicht erlassen werden kann. Sie liegen ferner in der Kursfrage beim Erwerb, die durch die Entstehung von Interessenkollisionen und der möglichen Benachteiligung der freien Aktionäre, namentlich unter Berücksichtigung der unter dem geltenden Recht sehr eingeschränkten Publizität. Man wird annehmen können, daß der den Vorratsaktien feindliche Entwurf des neuen Aktiengesetzes die Art des Erwerbs eigener Aktien verschwinden lassen wird.

Die Zulässigkeit des Erwerbs eigener Aktien durch die Gesellschaften selbst wird aber trotzdem erörtert werden, mit Rücksicht auf die Bestrebungen, auf diesem Wege eine formale Bilanzvereinbarung ohne Sanierung durchzuführen. Nach § 228 HGB soll die AG. eigene Aktien im regelmäßigen Geschäftsbetrieb nicht erwerben. Der dennoch erfolgte Erwerb ist also zwar nicht rechtsunwirksam, führt jedoch gegebenenfalls zu einer Schadensersatzpflicht der Verwaltung. Man hat bisher diese Vorschrift nicht allzu ernst genommen, wohl in der Annahme, daß die Geltendmachung von Regreßansprüchen durch das Gesetz außerordentlich erschwert ist, mithin für die Verwaltung, die den Erwerb eigener Aktien vornimmt, kein allzu großes Risiko bietet.

Hier hat nun allerdings das Reichsgericht in sehr deutliches Warnungssignal ausgestellt. In einer Entscheidung (Jahreswechselricht. 330, 373) hat es sich mit dem Erwerb von Schadensersatz verurteilt. Hier war zwar der Erwerb eigener Aktien nicht durch die Gesellschaft selbst erfolgt, sondern nur durch den Vorstand. Die Gesellschaft selbst hatte aber sich verpflichtet für den Kaufpreis aus ihrer Substanz zu zahlen, was in der Tat auch geschah. Die AG. selbst ist in bester und späterhin diese Substanz an den Verkäufer der Aktien ausgekehrt. Das Reichsgericht sieht in solcher Handlungswise einen Verstoß gegen die zwingenden Gesetzesbestimmungen, wenn an den Aktionär nur verteilt werden darf, was sich nach der jährlichen Bilanz als Reingewinn ergibt (§ 215 HGB.). Die Zahlung des Gegenwerts für den Erwerb eigener Aktien stellt die Rückgewähr der Einlage dar, die verboten ist. Es ist nicht ganz deutlich ersichtlich, ob sich hier die Aktionäre als Gläubiger der Gesellschaft für nichtig hält. Jedenfalls ist die Aktionärtransaktion als solche nichtig. Die Gesellschaft ist nicht verpflichtet, die Regreßansprüche nicht deshalb besonders gefährlich, weil sie weder durch einen Verzicht der Gesellschaft, noch durch die Einzahlung der Substanz in die Generalversammlung beseitigt werden können (§§ 241, 249 HGB.). Die Regreßansprüche können also nicht nur vom Konkursverwalter geltend gemacht werden, sondern auch von den Gläubigern der Gesellschaft, wenn sie von der Gesellschaft selbst befriedigt nicht gelangen können.

Aber damit sind die Bedenken gegen solchen Erwerb eigener Aktien noch nicht erschöpft. Man könnte ihnen vielleicht dadurch begegnen, daß im Umfange der erworbenen Aktien eine Herabsetzung des Stammkapitals und die Einziehung der angestrichelten Aktien erfolgt. Diesen Weg hat die Bancgesellschaft Lang u. Co. versucht, doch ohne Erfolg. Die Einziehung der Schwierigkeiten bestehen. Sie liegen einmal darin, daß der erworbenen Aktien nicht den nominalen, sondern nur zum Anschaffungswert bzw. zu dem niedrigeren Börsenkurs zu dem Bilanzstichtage aktiviert werden dürfen (§ 201 Nr. 1 und 2 HGB.). Sie liegen ferner darin, daß die Kapitalherabsetzung in den gesetzlichen Formen der Sanierung (§ 289 HGB) erfolgen muß. Es muß also das Sperrjahr eingehalten werden, und es darf währenddessen weder eine Dividendenzahlung auf das verminderte Kapital, noch eine Zahlung des Kaufpreises für die erworbenen Aktien vorgenommen werden. Ohne Heraussetzung des Kapitals entsprechend den gesetzlichen Vorschriften, wie es anscheinend im Falle Paradiesbettenfabrik Steiner u. Co. versucht worden ist, ist die Aktionärtransaktion rechtlich nicht wirksam. Da es sich um zwingende ge-

setzliche Vorschriften handelt, kann sie die Rechtswirksamkeit auch nicht durch die Abhandlung der Anfechtungstiftung erhalten. Es droht auf Jahre hinaus die Gefahr der Geldmangeldeckung der Nichtigkeit. Das wiederum verstärkt die Gefahr der Regreßansprüche, zumal ja unter den heutigen Verhältnissen keine Aktiengesellschaft, selbst wenn sie im Zeitpunkt einer solchen Aktionierung einwandfrei solvent ist, mit Sicherheit

die Entwicklung der Verhältnisse auf viele Jahre hinaus beurteilen kann. Es ist dadurch zu befürchten, wenn auch Fliechtheim die Auffassung vertritt, die formlose Bilanzvereinbarung durch Rückkauf eigener Aktien unter pari sei „in jeder Hinsicht bedenkliches Rezept“. Es ist daher notwendig, auf die Gefahren dieses Weges mit allem Nachdruck hinzuweisen.

Amerika-Interesse an White Star

Morgan im Hintergrund

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung LONDON, 5. FEBRUAR

Während die Verwaltungen der Royal Mail und der zu diesem Konzern gehörigen White Star Line ihre Vorbereitungen für die in der nächsten Woche zusammenzutretenden G.V. treffen, wird schon bekannt, daß sich der Präsident der amerikanischen International Mercantile Marine Co. nach Europa eingeschifft hat. Wie wir erfahren beobachtet er ein in den Sanierungsverhandlungen des englischen Schiffahrtskonzerns teilzunehmen. Welche Zwecke er damit verfolgt, ist nicht ohne weiteres ersichtlich. Man verweist aber in City-Kreisen auf Tatsachen, die die White Star Line im Jahre 1927 für 7 Mill. Pfund von der genannten amerikanischen Gruppe an die Royal Mail verkauft wurde und daß während der letzten Wochen verschiedentlich Vorstöße unternommen worden sind, die White Star Line wieder abzustufen. Man vermutet daher, daß der Europabesuch des Leiters der International Mercantile mit dem Ziele unternommen worden ist, in Rückkaufverhandlungen einzutreten. Trotz der finanziellen Notlage der englischen Gruppe — sowohl die Obligationen wie auch die Inhaber von Vorkaufsaktien werden sich zu einem Moratorium in bezug auf ihre Zinsansprüche verstehen müssen — hält man es in der City für unrichtig, daß eine solche Unterbrechung der White Star Line in amerikanischen Besitz stattfinden wird, weil das Prestige der britischen Schiffahrt dies kaum zulasse. Es werden allerdings auch Stimmen laut, die eine solche Trans-

aktion als durchaus möglich beschreiben. Die Vorfechter dieser Ansicht machen geltend, daß die Royal Mail-Gruppe für den Fall, daß sie gezwungen wird, ihren Verbindlichkeiten sofort nachzukommen, nicht mehr die erforderliche Bewegungsfreiheit haben wird. Der Zwang zur Beschaffung neuen Kapitals würde sich ebenfalls unter Hinterstellung aller Prestigerücksichten den Ausschlag geben, zumal erstahft englische Reflektanten nicht zu finden wären.

Die Geschäftsbeziehungen zwischen der White Star Line und der International Mercantile Marine Co. haben nie ganz aufgehört. So besteht beispielsweise zwischen den beiden Gruppen auch jetzt noch ein Sanierungsverhältnis, das die Aufbringung der Kaufsumme würde, wenn sich die Kombinationen verwirklichen sollten, der amerikanischen Gruppe sicherlich dadurch erleichtert, daß sie ohne Beziehungen zum Bankhaus J. P. Morgan & Co. in London, die langjährig als Vorsitz im Verwaltungsrat der International Mercantile Marine Co. inesthat. Dieser finanzielle Rückhalt würde zweifellos auch der White Star Line zugute kommen.

Auslandsanleihe Ambi-Budd

Deutschlands größte Karosseriefabrik, die Ambi-Budd-Fabrik G. m. b. H. in Berlin-Johannisthal hat ihr Stammkapital von 10 auf 7 Mill. M. herabgesetzt und gleichzeitig zur Finanzierung ihrer kurzfristigen Schulden eine langfristige Auslandsanleihe von 12,6 Mill. M. zu günstigen Bedingungen aufgenommen. An der Gesellschaft, die vor längerer Zeit auch der Deutsche Automobilwerke Spandau übernommen hat, sind der amerikanische Budd-Konzern sowie das New Yorker Bankhaus Schroeder mit einem Minderheitskapital beteiligt.

Erstmalig Goldzuwachs

Der neueste Wochenbericht der Bank von England enthält, wie der „Voss. Ztg.“ aus London geteilt wird, insofern eine noch rechtliche Veränderung, als der Goldbestand zum ersten Male seit vielen Monaten eine Steigerung (um 900 000 Pfund) erfahren hat. Dies ist die Folge der nach der entschlossenen Intervention der Bank von England auf dem Weltgoldmarkt und Devisenmarkt seit acht Tagen ausgeübten Goldverkäufe nach Paris. Der effektive Goldbestand von 1403 Mill. Pfund ist aber noch immer um 10 Mill. Pfund geringer als die theoretische Höchstgrenze für die Goldbestände. Der Notendruck hat um 26 Mill. Pfund zugenommen, so daß die Reserve bilanzmäßig um rund 17 Mill. auf insgesamt 015 Mill. Pfund abgenommen hat. Infolgedessen sind die Guthaben der Pfundniedriger und Bankguthaben um 75 Mill. Pfund höher auszuweisen. Das Deckungsverhältnis ging von 4941 pCt. in der Vorwoche auf 4858 pCt. zurück.

1/2 Milliarde Fr. Akzeptkredite. Die vor Jahresfrist gegründete französische Akzeptkreditbank verzeichnet, wie der „Vossischen Zeitung“ aus Paris geteilt wird, für den ersten Geschäftsjahr einen Reingewinn von 54 Mill. Frs. Der Gesamtertrag der ausstehenden Akzeptkredite beziffert sich zum Jahresabschluss auf 365 Millionen.

Dreifeldiger Halbjahrsabschluss Humboldt-Deutz. In einer Aufsichtsratsitzung der zum Hückelort-Konzern gehörenden Humboldt-Deutzmotoren-AG. soll die Entwicklung des ersten Geschäftshalbjahrs besprochen und festgestellt, daß der Geschäftsgang in den ersten sechs Monaten entsprechend der allgemeinen Wirtschaftslage befriedigend war.

Getreidekreditbank AG. wieder 5 pCt. Der Aufsichtsrat der Getreidekreditbank AG. Berlin, hat beschlossen, am 15. März 1931 Februar nach reichlichen Abschreibungen und Rückstellungen wieder eine Dividende von 5 pCt. vorzuschlagen.

Kalibarsatz im Januar stark rückgängig. Die Abmeldungen der zum Deutschen Kalibarsatz gehörigen Kalibarsatzwerke im Januar betrugen 1 189 473 dt. Reinkalb gegen 1 860 145 dt. Reinkalb im gleichen Monat des Vorjahres. Die Abmeldungen in den ersten neun Monaten (1. März bis Jan. 1931) des laufenden Düngejahres betragen 8 166 538 dt. Reinkalb gegen 9 535 727 dt. Reinkalb in den ersten neun Monaten des Düngejahres 1929/30. In diesen Zahlen sind die Abmeldungen der Kaliberwerke für die Exportländer des Syndikats mit inbegriffen.

Entsicherung der Hauszinsentensenkung gefordert. Der Zentralverband Deutscher Haus- und Grundbesitzer-Vereine hat der Reichsregierung und dem Reichstag die Eingabe zugestellt, in der beantragt wird, im kommenden Jahr die Entensicherung der Hypothekendarlehen auf die Höheverzinsung der Aufwertungs-Hypotheken durch entsprechende Senkung der Hauszinsen sicherzustellen. Diese Sitten sind in Folge der Richtlinie praktischer Natur, die den Zinssatz für Aufwertungs-Hypotheken auf 7 1/2 pCt. unumgänglich nötig.

Zustimmung des Staatsrats zum Anleiheoberverzug. Die seitens des Staatsrats beschlossene sich in seiner Sitzung vom 2. März 1931 über die Anleihe der Anleihen und Darlehen sowie die Übernahme von Bürgschaften und Garantien des Gewerkschaftsverbandes von anderen Gewerkschaften und Gemeindeverbänden. Im Ausschuß sind gegen diese Neuregelung zwar Bedenken erhoben worden; die Mehrheit hat aber die Zustimmung zum Entwurf der Anleihe gegeben, die unter außer Kraft treten. Ferner ist vom Ausschuß ausgesprochen worden, daß die Entensicherung der Hypothekendarlehen durch die Höheverzinsung der Aufwertungs-Hypotheken durch entsprechende Senkung der Hauszinsen sicherzustellen. Diese Sitten sind in Folge der Richtlinie praktischer Natur, die den Zinssatz für Aufwertungs-Hypotheken auf 7 1/2 pCt. unumgänglich nötig.

Belastungsprobe

Unger Essener Korrespondent schreibt uns: Mit ihrem gestrigen Abschluß haben die Vereinigten Stahlwerke AG. ihr fünftes Geschäftsjahr beendet, das nach den vorangegangenen Jahren der technischen Rationalisierung und finanziellen Konsolidierung die volkswirtschaftlich und privatwirtschaftliche Zweckmäßigkeit einer so starken Betriebskonzentration bestätigen sollte. Dadurch, daß in das am 30. September abgelaufene Geschäftsjahr bereits 5 Monate ausgesprochen absteigende Konjunktur hineinreichten, hat sich gleichzeitige Gelegenheit geboten, die sich mit dem gewaltigen Kapital durchgeführte Aufbau im Nutzefolge von vorübergehenden Konjunkturschwankungen wenig oder gar nicht berührt wurde. Das war auch der tieferer Sinn der Gründung und der mäßigen Dividendenpolitik in den vergangenen Jahren.

Nun aber mußte die Gesellschaft ihre Dividende bereits im ersten, vom konjunkturellen Umschwung stärker ereiferten Jahr von 6 auf 4 pCt. herabsetzen. Noch im Vorjahre plädierten dabei die Großaktionärgruppen mit ihrem tiefen Einblick in die internen Verhältnisse für eine Erhöhung der Gewinnverteilung. Jetzt aber ist für die Aktionäre die auch für schlechtere Jahre in Aussicht gestellte öpaz. Dividende ein unerfülltes Wunschbild geblieben. Gewiß erreichten außergewöhnliche Zeiten ein Abweichen von der Regel, wie das in der jüngsten Vergangenheit bereits verschiedene Monatsabschlüsse gezeigt haben. Trotzdem muß der Stahlwerkes-Abschluß als der weniger Hoffnungenweckend enttäuschend. Das um so mehr als der von der Verwaltung in allen lohn- und preispolitischen Auseinandersetzungen immer wieder in den Vordergrund gestellte Lohnfaktor keine grundlegende Bedeutung im Geschäftsbericht findet. Man beschränkt sich auf die Erklärung, daß die diesjährigen Abschreibungen der Arbeiterschaft um 200 M. gestiegen ist, woraus eigentlich hervorgeht, daß die Löhne mindestens nicht überlegend als Argument für die verminderte Rentabilität angeführt werden können.

Es soll nicht geleugnet werden, daß auf technischem und organisatorischem Gebiet Wertvolles, sogar Erworrendes geleistet worden ist. Leider ist man von Beginn an von falschem Veranschaulichung ausgegangen und beschränkt sich auf die Erklärung, daß der Jahresabschluß die Zielsetzung schon das Jahr 1927/28 als gelungene Belastungsprobe für den neugegründeten Konzern. Aber selbst wenn man anerkennt, daß der Depressionssturz aber in den Toren des Werkes ritteil, so muß doch ausgesprochen werden, daß selbständig geliebene Betriebe, die nicht mit beschäftigungsberechtigten Direktoren und vorzugsberechtigten Altselbstern belastet sind, ihre Probe besser bestanden haben.

Sinkende Montan-Dividenden

Durch die Dividendenreduktion der Vereinigten Stahlwerke AG. werden die Grubenbetriebe der Montanindustrie in diesem Jahre eine Gewinnausschüttung darstellen, die im Vergleich mit dem Vorjahre um 10 pCt. sinken wird. Die Phönix AG für Bergbau und Hüttenbetrieb veranschlagt für das Geschäftsjahr 1929/30 auf Grund ihrer 34proz. Beteiligung 11,6 Mill. M. an Stahlwerkesdividenden und wies einen Reingewinn

Leute-Vorräte drücken auf den Markt

Neue Restriktionen

Die Hoffnungen der Jutewirtschaft auf eine Bolebung am Markt der Fortigabrike im neuen Jahre und damit eine Verringerung der riesigen Rohabfälle haben sich enttäuscht. Infolge der anhaltend hohen Preise des Warababzuges ist kein sonstiger Nachfrage nach Jute vorrät und -läufen vorhanden. In Deutschland, England und der Tschechoslowakei sind weitere Stilllegungen erfolgt, und auf dem Weltmarkt ist die Produktion der Jute-Industrie ansehnlich eingetrübt. Die berichte über ein Jahr anhaltende Rohabfälle sind sich infolgedessen in rapidem Tempo fort. Die Kurse in London und Calcutta haben sich infolge der weiteren Abnahme erfahren, und an den augenblicklichen Preis von 1 1/2 Pfd. Sterling je Tonne in London den Tiefpunkt erreicht, bleibt abwartend.

Die Calcutta-Milla, die im November ihre Produktion bereits stark eingeschränkt haben, verhandeln augenblicklich über weitere Restriktionen, da sich die Fortigabrer vorräte in den Lagerorten steuern, und selbst Schiffsangebot keine Aufnahme finden. Es ist beabsichtigt die Bolebtre von nun an nur noch die zweite Woche geöffnet zu halten. Auch von einer solchen Restriktionen erwarten, die sich über die dortigen Beschäftigungsgrad der deutschen Juteindustrie erwarten, kann aber keine Bolebung der Situation erwartet werden. Vielmehr dürfte der so geschaffene Minderbedarf an Rohstoffen dort Notierungen weiterhin ungunstig beeinflussen. Eine wirksame Hilfe kann nur von einer Einschränkung der Anbahnung für Jute e-geht werden. Jedoch sind die verschiedenen Gründe dieser Natur, bisher noch weit von ihrer Wirklichkeit entfernt.

Der Jute-Rat der Regierung zur Seite gestellt werden sollte nicht vorläufige Maßnahmen ergreifen, sondern eine zwangsläufige Verringerung der Anbahnung um 50 bis 40 pCt. sind noch nicht Gesetz geworden. Dagegen sind die Jutebauern bereits damit beschäftigt, für die neue Kampagne neue Anbauflächen im Umfang ihrer Anbau-Produktion zu bestellen. So ist für 1931/32 wiederum mit einem Juteüberfluß zu rechnen, der selbst bei günstiger Konjunktur angesichts der Weltmarktlage für die Jutebauer unzulänglich ist. Die indische Regierung erklärt, daß sie keinerlei Stützungsaktionen und Aufkäufer vornehmen gedenkt.

Einzelanstellungen zu rechnen hat. Die Kritik richtet sich ferner dagegen, daß aus der Anstellung der britischen Schiffbauarbeiter nicht hervorgeht, wie groß Teil der unbeschäftigten Tonnage aus ausländischer Schiffsahrt besteht, die nicht in der Lage sind, bei dem augenblicklich niedrigen Ratensatz erfolgreich mit anderen Schiffen zu konkurrieren, und daß deswegen die Zahl der britischen Schiffbauarbeiter nur mit gewissen Einschränkungen zu vergrößern ist. Die Zahl der Beschäftigten im Schiffbau wird mit mehr als 300 000 Britenregistrierten still.

Acnas Aktienkapital verloren

I. G. Farben verhandelt noch

Die Verhandlungen der I. G. Farbenindustrie und des chemischen Konzerns Montecatini über eine gemeinsame Übernahme einer Mehrheitbeteiligung an dem chemischen Trust Aca sind nach den Meldungen der Mailänder Korrespondenz noch nicht beendet. Die Aca (Azienda Chimica Nazionale) Association, die seit 1923 in Mailand besteht, hat sich in der Zusammensetzung aus Italien, der Schweiz und den Sprengstoffwerken Soca Sipa Congo entstanden. Das Bruttokapital von 90 Mill. ist nach Abschluß der letzten Bilanz auf 47 1/2 pCt. in die Sprengstoffwerke Soca Sipa Congo bei Savona während der Credit-Italia in Mailand verfallen. Die Aca verlor durch die Soca Sipa Congo die Hälfte ihres Eigenkapitals, wodurch das größte Unternehmen der Herstellung von Anilinderivat in Mailand entstand. Aufwändig hat der Konzern vier Jahre seiner großen Südafabrik von Busi in den Abruzzen erworben. Im letzten Jahresbericht wurde die Zunahme des Inlandverkaufes um 120 pCt. und der Exportes um 47 pCt. hervorgehoben. Dagegen war die Sprengstoff-fabrik von Congo fast stillgelegt. Die Gesellschaft hat sich außer der Leitung des jetzt ausschließlich vertriebenen Turin'schen Sprengstoffwerkes Panarara zu rasch ausgedehnt, ohne für die Befriedigung der finanziellen Lage zu sorgen. Die nachträglich eingetragene Gesellschaft für die Produktion von 120 pCt. in die im März 1929 beschlossene Erhöhung des Kapitals auf 200 Mill. wurde durch die Verluste der Soca Sipa Congo um 120 pCt. in weitere Schulden. Die Hauptausgabe (116 Mill.) der Gesellschaft für die Produktion von Anilinderivat wurde durch die Übernahme eines gemeinsamen Betriebes (Lignin) durch Konzern durchgeführt, maner werden, was wohl das ganze Aktienkapital verloren gegangen ist. Eine weitere Erhöhung des Kapitals kann nur hauptsächlich in einer Schuldenerhöhung bestehen.

Kohlenabsatz sinkt wieder

Der Vorsitz des Rheinisch-Westfälischen Kohlenabzugsvereins hat sich in einer Denkschrift über die Produktion des Jahres 1930. Im Januar wieder verschlechtert. Er stellt sich nach den vorläufigen Ergebnissen auf arbeitiglichen 224 000 To. gegenüber 237 000 To. im Vormonat und 200 000 To. im Januar 1930. Das unrestrictierte Gebiet entfiel 103 000 To. (119 000 To. im Vormonat), auf das beschränkte Gebiet 119 000 (118 000 To. im Vormonat). Die Hauptbestände nach dem Zechen haben im ganzen nicht zugenommen. Sie beliefen sich Ende Januar auf rund 8 500 Mill. Tonnen (einschließlich Koks und Brickets in Kohle ausgeglichen), wie Ende Dezember. Die Bestände im Kohlen, die bis Mitte Januar etwas verringert werden konnten, bewegen sich dennoch wieder in anstößiger Richtung. Auch die Koksproduktion, wie die Nachfrage des Kohlen, die im Kohlen, die bis Mitte Januar etwas verringert werden konnten, bewegen sich dennoch wieder in anstößiger Richtung. Auch die Koksproduktion, wie die Nachfrage des Kohlen, die im Kohlen, die bis Mitte Januar etwas verringert werden konnten, bewegen sich dennoch wieder in anstößiger Richtung.

Vollziehung des Rohstoffkartells. Das Internationale Kartell

Das Internationale Kartell, das im August 1929 durch die erste statutarische Vollversammlung abhalten, um über das Produktionsprogramm des zweiten Quartals, und über die Fortsetzung der Neuorganisation des Kartells zu entscheiden. Eine Erhöhung des jetzigen Produktionsprogramms dürfte, wie der 'Voss, Zig.' aus Paris nachdrücklich wird, ziemlich ausgeschlossen sein. Am wahrscheinlichsten ist die Beibehaltung der jetzigen Produktion, wenn auch eine weitere Herabsetzung bei der unruhigsten Lage der Eisenmärkte absolut nicht auszuschließen ist.

Kirchensattel für Berlin und Vorpforte

Ein Genossenschaft Gottesdienste

Am Sonntag Stroßmarkt, den 6. Februar 1931.

Wie folgt: 1. 2. 3. 10. 11. 10. 20. 8. 4. 15. 2. Neue Reihe: 1. 2. 3. 10. 11. 10. 20. 8. 4. 15. 2. Alte Reihe: Wie folgt

In Berlin, Charlottenburg und Schöneberg

Neu am Sonntag, 6. Februar 1931. Wie folgt: 1. 2. 3. 10. 11. 10. 20. 8. 4. 15. 2. Alte Reihe: Wie folgt

HAMBURG, 5. FEBRUAR. Jute.

Brutto pro 1000: Jute, Feinst, Markt 14 1/2; Jute, Abkö. Febr. März 14 1/2; Febr. März 14 1/2.

LONDON, 5. FEBRUAR. Wollkanten.

Die für heute angekündigte erste diesjährige Konferenz der Wollkantenproduzenten wurde verschoben.

ERBENIS.

M. 2. FEBRUAR. Baumwolle (Schilling). Markt 11 1/2; Febr. März 11 1/2.

LIVERPOOL, 5. FEBRUAR.

Genossenschaft. Febr. März 14 1/2; Febr. März 14 1/2.

ALEXANDRIE, 5. FEBRUAR.

Genossenschaft. Febr. März 14 1/2; Febr. März 14 1/2.

Kautschuk

LONDON, 5. FEBRUAR. Kautschuk (Pence per lbs). Standard No. 1 Crepe 100 (bav.); Standard No. 100 (bav.).

Kohlwasser

LONDON, 5. Februar. Kohlwasser. Typo B Februar 8/12; Typo B 9/12; Typo B 6/9; Typo B 6/9.

Fier

BERLIN, 5. FEBRUAR. Fohlenkurse für Fier. Da die Fier... (Text continues with details of horse market)

Motelle

Amtliche Berliner Notizen. Stromerzeugung von 2834 GWh... (Text continues with power generation statistics)

LONDON, 5. FEBRUAR.

Genossenschaft. Febr. März 14 1/2; Febr. März 14 1/2.

Kritik der Heeder an britischen Tomaten-Ziffern.

Die Zahlen über die angebliche Weltmenge, von der einzigen Quelle der britischen Schiffsahrt vorfinden, werden (siehe 12 pCt. der Weltmenge), wird, wie unser Hamburger... (Text continues with critique of tomato statistics)

Genossenschaft Gottesdienste

Am Sonntag Stroßmarkt, den 6. Februar 1931. Wie folgt: 1. 2. 3. 10. 11. 10. 20. 8. 4. 15. 2.

Genossenschaft Gottesdienste

Am Sonntag Stroßmarkt, den 6. Februar 1931. Wie folgt: 1. 2. 3. 10. 11. 10. 20. 8. 4. 15. 2.

Genossenschaft Gottesdienste

Am Sonntag Stroßmarkt, den 6. Februar 1931. Wie folgt: 1. 2. 3. 10. 11. 10. 20. 8. 4. 15. 2.

Genossenschaft Gottesdienste

Am Sonntag Stroßmarkt, den 6. Februar 1931. Wie folgt: 1. 2. 3. 10. 11. 10. 20. 8. 4. 15. 2.

Genossenschaft Gottesdienste

Am Sonntag Stroßmarkt, den 6. Februar 1931. Wie folgt: 1. 2. 3. 10. 11. 10. 20. 8. 4. 15. 2.

Genossenschaft Gottesdienste

Am Sonntag Stroßmarkt, den 6. Februar 1931. Wie folgt: 1. 2. 3. 10. 11. 10. 20. 8. 4. 15. 2.

Selbstmörder

Von KEAUS MANN

Einer meiner Freunde, Wolfgang D., hat sich in Garmes erschossen. Er liebt Françoise sehr, vor allem Günstlings...

Er hatte einen Freund, der mit Bernenens Pato hieß, er hatte gleiches Blut, und sein dritter Kopf war von antiker Schönheit...

Ich hab nicht antworten. Wie kennen ihn alle, diesen Schwärmer, er ist der Wagnis aller Deinen, etwas für die Luft...

Ich hab im vorigen Garmes, daß der Selbstmörder des jungen Hermanns bald ein exotropisches E.C.G.s wurde...

Ich hatte einen Freund, der mit Bernenens Pato hieß, er hatte gleiches Blut, und sein dritter Kopf war von antiker Schönheit...

Am meinem Tisch lag damals das Buch des jungen Juan Verobobas, das ich sehr liebe, 'Adoro'. Er ist sich selbst ein Brief in einer Hellen und klaren Schrift...

Ich hab im vorigen Garmes, daß der Selbstmörder des jungen Hermanns bald ein exotropisches E.C.G.s wurde...

Ich hab im vorigen Garmes, daß der Selbstmörder des jungen Hermanns bald ein exotropisches E.C.G.s wurde...

gewandelt. Die Extreme liegen unheimlich nah bei einander.

Der junge Maler hieß Walter. Ich höre, man will die Bilder, die er hinterlassen hat, in Paris ausstellen.

Ich schreibe diese Zeilen zum Andenken an meine Freunde, die es vornehmer fanden, aufzuführen als stunduphalten.

Flucht der Materie

Einstein-Kolloquium in der Pasadena-Sternwarte

Als bereits in unserer Menschengeschichte, hat Professor Einstein sich bei einer Ansprache mit mehreren Fachkollegen in der Sternwarte von Pasadena über die Theorie des Raumes in einer Welt geäußert...

*

Mit der Einsteinschen Relativitätstheorie sind gewisse Spekulationen über Endlosigkeit und Unendlichkeit der Welt und andere, die Philosophie in hohen Grade erregende Dinge verbunden.

Er hat in neuerer Zeit junge gebildete Produktionsmaterialien haben kürzlich die Berliner Korympfer von Sauer und Bernburg...

Indispositionen über Gregor

Von CHARLOTTE TILL

Ich bin seit vielen Jahren befreundet mit Gregor, der durch mich ein alter Mann wurde. Das kam so: als ich ihn damals kennenlernte, noch sehr jung und leidenschaftlich...

Er ist ein Edel. Er gibt mir nie recht. Er muß mit unangenehme Dinge sagen; man ist die Schuld habe, ihn anzuhören...

Wenn ich in der kalten Nebensaison bei ihm in seiner Jungschmuckwohnung esse und ihn höchlichst bitte, lassen zu lassen...

Auf Reisen muß er bis mittags schlafen und die Nächte bummeln. Keine Nacht der Erde kann ihn dazu bewegen,

ihrem Gedächtnis widmen, hören sie hin. Es hochmütig sind sie geworden.

Die Frage, was vornehmer sei — zu verzichten oder weiterzutampfen — müssen mir im Interesse des Lebens gar nicht...

darauf schließen läßt, daß die Einsteinsche Welt mit großer Eindeutigkeit von uns enternen. Diese Beobachtung, die Neugierding in Amerika ausgebaut worden sind...

Nun läßt sich zwar im Rahmen der Einsteinschen Theorie ein Anlaß finden, aus dem man dieses 'Ausnahmefälligen' der Welt erklären könnte...

Wenn die neuen Beobachtungen über die Vorterbildung im Spiral-Nebel-Spektrum sich tatsächlich bestätigen, so könnte sie möglichweise zu einer Revision der Einsteinschen Kosmologie führen...

Arthur Kroll.

einmal in Paris morgens mit mir im Bois zu fahren. Regelmäßig wird der das dankst daraus.

Warum er eigentlich heute noch genau so atonatisch an mich ist, wie damals, sagt er nicht. Ich nehme an, er lebt mich trotz meiner Fehler. Und ich? Ich weiß es nicht.

Am Ende liebe ich ihn gar.

Münchener Ausstellung: Der 'Wollstein's Stimm' wird aus München geschlossen: Der 'Lassall' wird im kommenden Sommer eine Schau von über hundert erlesenen Bildern...

Lebensmittel

Fräsches Fleisch
Schweinefleisch ohne Haut Pfd. 0.76
Schweinefleisch mit Haut Pfd. 0.86
Schweinefleisch, S. d. H. Pfd. 0.94
Schweinefleisch, P. Pfd. 0.98 an
Kassler, mid. Pfd. 0.96 an
Kalbskamm ohne Zell Pfd. 0.76 an
Kalbskamm od. Brust Pfd. 0.86 an
Kalbskamm o. ... Pfd. 0.96 an
Kalbskamm ... Pfd. 1.03 an
Rindfleisch ... Pfd. 1.85 an
Stinde, brat. gepökelt. P. d. 1.21
Schindfleisch o. Knoeb. Pfd. 1.20 an
Suppenfleisch. P. d. 0.74 an
Hanswurster, gnr. Pfd. 0.58 an

Russ. Gänse Pfd. 0.76 an

Butter / Käse
Molkerei-Butter Pfd. 1.50
Tafel-Butter Pfd. 1.60, 1.50
Dänische Butter Pfd. 1.74
Margarine, Geesfett Pfd. 0.40
Bratenessmilch Pfd. 0.70
Rindfleisch ... Pfd. 0.30
Hais, ... Pfd. 0.30
Bayer-Schweizerja Pfd. 1.28 an

Pr. Suppenbühler ... 0.92 an

Fische / Räucherwaren
Grüne Herings ... 5 Pfd. 0.68
F. Bars ... Pfd. 0.76
Schellfisch ... Pfd. 0.84
S. d. H. Kopf / Ganzen P. d. 0.70
Nah-Lux o. Kopf / Ganzen P. d. 0.70
Pilet u. Kabelman ... Pfd. 0.4
Mid-Jack-Pilet ... Pfd. 0.51
L. Schneep. Karpen ... 114. 0.80
Spez. Lachs od. ... 114. 0.80
schlittiger Fisch ... Pfd. 2.26 an
W. u. H. ... Pfd. 0.78
F. l. u. d. ... Pfd. 0.48
F. l. u. d. ... Pfd. 0.48
W. d. ... Pfd. 0.48

Wurstwaren
Schweinekopf-Leberw. P. d. 0.55
Gussbacher-Leberw. Pfd. 0.95
Dampfwurst ... Pfd. 0.88
Wiener Würstchen ... Pfd. 1.08
Leberwurst ... Pfd. 0.93
R. s. schmeizler / Rüben P. d. 1.23
Spezial-Pfd. 0.88 an, magr. P. d. 1.25
Feine Leberwurst ... Pfd. 1.12 an
Zerkelt od. Salami ... Pfd. 1.40
Formst. ... Pfd. 1.0
Hofschinken ... Pfd. 1.83
Gec. oder eingebr. ... Pfd. 0.45

Geflügel / Wild

Zarfer gefr. Pfd. 0.36 an

Eier 10 Stück 0.85, 0.95

Obst / Gemüse

Konfitüren

Gerichtliche Bekanntmachungen

Zwangsvollstreckung
Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch ...
Berlin 20, ...
Amtsgericht Berlin-Wedding, Abteilung 6.

Zwangsvollstreckung

1. 11250 RM 5 v. H. Zs. 2. 5501 RM, 3. 3200 RM, 4. 30000 RM, 5 v. H. Zs. Za. Berliner Hypothekenbank ...
Weitere Zwangsvollstreckungen
Zu einer Forderung ...
Amtsgericht Berlin-Charlottenburg

Kolonialwaren

Bestellungen

Schmidseifen

Zwangsvollstreckung

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche ...
Berlin 20, ...
Amtsgericht Berlin-Wedding, Abteilung 6.

Zwangsvollstreckung

1. 11250 RM 5 v. H. Zs. 2. 5501 RM, 3. 3200 RM, 4. 30000 RM, 5 v. H. Zs. Za. Berliner Hypothekenbank ...
Amtsgericht Berlin-Charlottenburg

Handelsregister

Neuinschreibungen

Vergleichsverfahren

Blatt	G. u. Z.	Parzelle	Größe	Waldwirtschaft	Geld
577	32	1 483,000	160	Straße Industriest.	2.29
577	31	1 405,000	500	Straße Industriest.	0.91
577	34	1 487,000	500	Straße Industriest.	0.22
577	39	1 392,000	600	Straße Industriest.	0.22
577	115	4 146,470	560	Acker Bayern-Ecke Frankfurterstr.	9.73
577	116	4 146,570	560	Acker d. Frankfurterstr.	7.96
577	118	4 147,770	560	Acker d. Bayrnerstr.	12.03
577	120	4 147,950	560	Acker d. Bayrnerstr.	12.03
577	120	4 149,770	560	Acker d. Bayrnerstr.	11.38
577	121	4 147,370	560	Acker d. Frankfurterstr.	9.73
577	121	4 152,170	560	Acker Bayern-Ecke Frankfurterstr.	7.42
577	141	4 151,870	560	Acker d. Frankfurterstr.	7.22
577	150	4 152,270	560 803	Acker u. Hofbraun am Bayer'schen Markt	7.81
577	159	2 650,130	360	Acker d. Frankfurterstr.	10.82
5653	1	4 152,170	1084	Acker d. Bayrnerstr.	9.05
5651	2	645,130	1086	Acker d. Frankfurterstr.	9.73
5650	1	2 641,130	1066	Acker d. Frankfurterstr.	10.06
5650	1	2 654,130	1066	Acker am Triftweg	10.03
5650	1	2 652,130	1066	Acker am Triftweg	9.02
5650	1	2 637,130	1069	Acker am Triftweg	9.05
5650	1	2 653,130	1067	Acker am Triftweg	11.03
5650	1	2 653,130	1069	Acker am Triftweg	11.03
5650	1	2 635,130	1072	Acker am Triftweg	11.01
5650	1	2 650,130	1073	Acker am Triftweg	11.03
5650	1	2 650,130	1075	Acker am Triftweg	11.03
5650	1	2 651,130	1077	Acker am Triftweg	7.97
5650	1	2 652,130	1076	Acker am Triftweg	12.01
5650	1	4 151,570	1079	Acker am Acker Eck Hohenstr.	10.43

Der Versteigerungstermin ist am 11. Dezember 1930 in das Grundbuch eingetragen.
Als Eigentümer war damals der Ingenieur Albert Filgel in Charlottenburg eingetragen.
Rechte, die zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes am Grundbuche nicht ersichtlich waren, sind spätestens am Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden, ansonsten sind die eingetragenen Rechte als unzulässig an der Forderung teilzunehmen, ansonsten sind die eingetragenen Rechte nicht berücksichtigbar und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses nach Anspruch des Gläubigers und des übrigen Rechts nicht geschützt.
Oranienburg, den 10. Januar 1931.

Termin am 18. März 1931. Hofmann in der Charlottenburg 2500 RM.
Amtsgericht Berlin-Charlottenburg

1. 11250 RM 5 v. H. Zs. 2. 5501 RM, 3. 3200 RM, 4. 30000 RM, 5 v. H. Zs. Za. Berliner Hypothekenbank ...
Termin am 18. März 1931. Hofmann in der Charlottenburg 2500 RM.
Amtsgericht Berlin-Charlottenburg

1. 11250 RM 5 v. H. Zs. 2. 5501 RM, 3. 3200 RM, 4. 30000 RM, 5 v. H. Zs. Za. Berliner Hypothekenbank ...
Termin am 18. März 1931. Hofmann in der Charlottenburg 2500 RM.
Amtsgericht Berlin-Charlottenburg

ALLE FIRMEN
Eintragungen - Löschungen
Inhaber - Veränderungen
Prüfungs - Veränderungen
Kapital - Umstellungen
Vertretungs-Berechtigungen
in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1930
IM
BERLINER HANDELSREGISTER
BUCHAUSGABE 1931 - PREIS 20 RM
VERLAG ULLSTEIN Abt. Handels-Register BERLIN SW 68, KOCHSTRASSE 22-20
Arthur Werner, Fallenske bei Berlin. - Möbelvertriebsgeschäft m. b. H. Berlin. Hadst. Gr. 12. Stammk.: 20 000 RM. Geschäftsf.: Kfm. Alex Reichel, Berlin. - Zelluloseindustriell G. m. b. H. Berlin W 57. Postamer. Straß 15. Stammk. 72 000 RM. Geschäftsf.: Kfme. Karl Becht, Mannheim. Dr. Gustav Janz und Ulrich Maleschewski, Berlin. - Film- und Bild-Deut. G. m. b. H. Berlin, Friedrichstr. 12. Stammk.: 21 000 RM. Geschäftsführer: Kfm. Paul Rutkowski, Berlin. - Chemische Rohstoffgesellschaft m. b. H. Berlin. - Schöneberg-Stern 16. Stammkapital 20 000 RM. Geschäftsf.: Kfm. Richard Schrell, Schöneberg. - Berliner Keksbäckerei G. m. b. H. Berlin, Brunnenstr. Nr. 16. Stammk.: 20 000 RM. Geschäftsf.: Kfm. Wilhelm Jonas, Berlin. - Nordische Holzgesellschaft m. b. H. Berlin. - Königsplatz 41. Stammk.: 20 000 RM. Geschäftsführer: Kfm. Wilhelm Berger, Berlin. - Königsplatz 41. Stammk.: 20 000 RM. Geschäftsführer: Ministerialratmann D. Ernst Günther, Berlin.
Vergleichsverfahren
Neuangeordnet:
o. H. Firma Medizinal Drogerie und Parfümerie-Groß-Schlitzbroder, Bad Salzuflen.
Hilfsverwalter: Hermann (Möbelhandlung), Berlin; Fabrikbesitzer Dr. Martin Böhm, Berlin-Charlottenburg; Alleinhändler der Firma Dr. Martin Böhm, Dampfsommererfabrik G. m. b. H. Berlin; Alleinhändler der Firma Dr. Martin Böhm, Albrecht, Koitzsch; Firma Rud. Wolff Werres, Bochum; Kaufmann Albert Knigge, Aachen; Kaufmann Gustav Fehmer, Wetzlar; Alleinhändler der Firma Albert Knigge, Konservenfabrik, Braunshweig; Kaufmann Selmar Rosenbaum in Fa. Selmar Rosenbaum, Mech. Maschinen- und Schützenfabrik, Breslau; Kaufmann Georg Scherbel, Alleinhändler der Firma Georg Scherbel, Essen; Arthur